



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

IDES-DOSSIER

DOSSIER THEMATIQUE IDES

Informations- und Dokumentationszentrum IDES
Centre d'information et de documentation IDES

Privatunterricht (Homeschooling) während der obligatorischen Schulzeit: rechtliche Grundlagen
Enseignement à domicile pendant l'école obligatoire : bases légales

Stand April 2019 | Etat avril 2019

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Privatunterricht (Homeschooling) während der obligatorischen Schulzeit

Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, den Besuch einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden. In praktisch allen Kantonen regelt die Schulgesetzgebung den Besuch von Privatunterricht während der Dauer der obligatorischen Schulzeit.

Die Abgrenzung zwischen *Privatunterricht* und *Privatschulen* kann durch definierte Maximalgruppengrößen erfolgen. Als Privatunterricht gelten beispielsweise im Kanton Luzern der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe bis zu vier Schülerinnen und Schülern, im Kanton Zürich bis zu fünf Schülerinnen und Schülern.

In der Regel ist der Privatunterricht bewilligungspflichtig und untersteht der staatlichen Aufsicht. Um die Voraussetzungen für eine Bewilligung zu erfüllen, können in der Schulgesetzgebung - unter anderen - folgende Kriterien aufgeführt sein:

- die Bildungsziele stimmen mit jenen der öffentlichen Schule überein,
- der Lehrplan entspricht den kantonalen Vorschriften,
- die Lehrperson verfügt über eine pädagogische Ausbildung.

Entspricht der Privatunterricht nicht den gesetzlichen Anforderungen, kann die Bewilligung entzogen und der Übertritt privat geschulter Schülerinnen und Schülern in die öffentliche Schule verfügt werden.

Je nach kantonaler Schulgesetzgebung können privat unterrichtete Schülerinnen und Schüler Leistungen der Schuldienste einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen beanspruchen (z.B. Schulgesundheitsdienste, Logopädie).

Enseignement à domicile pendant l'école obligatoire

L'instruction est une obligation qui peut être remplie par la fréquentation d'une école publique, d'une école privée ou par enseignement à domicile. Presque tous les cantons réglementent dans le cadre de leur législation scolaire la possibilité de recevoir un enseignement à domicile pendant la durée de la scolarité obligatoire.

Certains cantons alémaniques différencient l'*enseignement à domicile* de la notion d'*école privée* en appliquant un critère quantitatif. Est considéré par exemple à Lucerne comme enseignement à domicile l'enseignement individuel ou dispensé à un groupe de deux à quatre élèves; à Zurich, le groupe peut comprendre cinq élèves au maximum.

En règle générale, l'enseignement à domicile est soumis à autorisation et placé sous la surveillance de l'Etat.

L'autorisation s'obtient à diverses conditions inscrites dans la législation scolaire. Il peut s'agir, notamment, des critères suivants:

- les buts de l'enseignement coïncident avec ceux de l'école publique,
- le programme correspond aux directives cantonales,
- l'enseignant a une formation pédagogique.

Si l'enseignement dispensé à domicile ne répond plus aux conditions légales et réglementaires, l'autorité de surveillance peut retirer l'autorisation et placer l'(es) élève(s) dans une classe de l'école publique.

Selon la législation scolaire cantonale, les élèves recevant un enseignement à domicile peuvent également prétendre aux prestations des services scolaires ainsi qu'aux examens préalables que cela implique (p. ex. service médical scolaire, logopédie).

Rechtliche Grundlagen / Bases légales

Diese Zusammenstellung basiert auf den kantonalen Gesetzessammlungen (Stand: April 2019). Aufgeführt sind die wesentlichen Bestimmungen im Zusammenhang mit Privatunterricht (Homeschooling) während der obligatorischen Schulzeit. Für Aktualität, Vollständigkeit oder Richtigkeit dieser Zusammenstellung kann keine Gewähr übernommen werden.

Die Nummern beziehen sich auf die Fundstelle in der Systematischen Sammlung des Kantons. Die Erlasse sind auf die stets aktualisierte Version auf lexfind.ch verlinkt.

Cette présentation se base sur la législation cantonale (état avril 2019). Sont présentées les dispositions principales en lien avec l'enseignement à domicile pendant l'école obligatoire. Aucune garantie ne peut être donnée quant à l'actualité, l'exhaustivité ou l'exactitude des informations publiées ci-dessous.

La numérotation des textes est basée sur la systématique cantonale. Les liens mènent aux dernières versions des actes législatifs sur le site lexfind.ch.

AG	<p>401.100 Schulgesetz vom 17. März 1981 (Stand 1. August 2018) 1. Allgemeine Bestimmungen § 1 Geltungsbereich ¹ Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über die Privatschulen und die private Schulung, soweit schulpflichtige Kinder unterrichtet werden. ² ...</p> <p>§ 4 Schulpflicht ¹ Alle Kinder und Jugendlichen mit Aufenthalt im Kanton unterstehen der Schulpflicht. Sie beginnt mit dem Eintritt in den Kindergarten und dauert elf Jahre oder bis zum erfolgreichen früheren Abschluss einer Grundausbildung an der Volksschule, längstens jedoch bis zur Vollendung des 16. Altersjahrs. ² Stichtag für den Eintritt in den Kindergarten auf den Beginn des kommenden Schuljahrs ist der 31. Juli desjenigen Jahrs, an dem das Kind sein viertes Altersjahr vollendet hat. ³ Aus wichtigen Gründen kann das Departement Bildung, Kultur und Sport ein Kind auf Gesuch der Inhaber der elterlichen Sorge vorübergehend von der Schulpflicht entbinden oder vorzeitig daraus entlassen. ⁴ Die Schulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder einer privaten Schulung erfüllt werden. Der Regierungsrat regelt hinsichtlich des Unterrichts der schulpflichtigen Kinder die Meldepflicht der Inhaber der elterlichen Sorge gegenüber der zuständigen Schulpflege.</p> <p>4. Trägerschaft durch Gemeinde und Private 4.2. Privatschulen und private Schulung § 58 Bewilligung; Nachweis des genügenden Unterrichts ¹ Privatschulen, in denen Kinder ihre Schulpflicht erfüllen, bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrats. Die Bewilligung von Sonderschulen richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einrichtungen für Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen (Betreuungsgesetz) vom 2. Mai 2006. ² Der Regierungsrat legt zur Sicherung einer den öffentlichen Schulen gleichwertigen Ausbildung die Bewilligungsvoraussetzungen fest. Die jeweilige Trägerschaft einer Privatschule muss vertrauenswürdig sein und Gewähr dafür bieten, dass die Schülerinnen und Schüler nicht Einflüssen ausgesetzt werden, die denjenigen Zielen der öffentlichen Schulen zuwiderlaufen, die sich aus der Präambel dieses Gesetzes ergeben. ³ Bei privater Schulung schulpflichtiger Kinder durch die Eltern, Pflegeeltern oder durch eine Drittperson ausserhalb einer Privatschule muss der genügende Unterricht nachgewiesen werden. Die Einzelheiten regelt der Regierungsrat.</p> <p>§ 58a Aufsicht ¹ Privatschulen und private Schulung stehen unter staatlicher Aufsicht. ² Bestehen begründete Zweifel, ob die Bewilligungsvoraussetzungen weiterhin erfüllt werden, kann die Bewilligungsbehörde Anordnungen zur Klärung und Behebung von Missständen treffen. Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr oder nicht mehr vollständig erfüllt, kann die Bewilligungsbehörde die notwendigen Massnahmen treffen und allenfalls die Bewilligung entziehen.</p>
-----------	--

	<p>§ 58b Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen; Vorsorgeuntersuchungen</p> <p>¹ Schulpflichtige Kinder, die ihren Aufenthalt im Kanton Aargau haben und eine Privatschule besuchen oder privat geschult werden, haben zu den gleichen Bedingungen wie die Kinder an den öffentlichen Schulen Zugang zu folgenden Angeboten und Dienstleistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) lehrplanmässiger Instrumentalunterricht (§ 13 Abs. 1), b) Bibliothek (§ 16a), c) pädagogisch-therapeutische Massnahmen (§ 29 Abs. 2), d) Schulpsychologischer Dienst (§ 60a), e) Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (§ 61 Abs. 2), f) zahnärztliche Kontrolluntersuchungen (§ 63 Abs. 2). <p>² Sie sind verpflichtet, sich den obligatorischen Vorsorgeuntersuchungen gemäss § 62 Abs. 3 zu unterziehen.</p> <p>7. Behörden</p> <p>7.1. Schulpflege</p> <p>§ 71 Aufgaben</p> <p>¹ Die Schulpflege ist verantwortlich für die Führung der Volksschule und beaufsichtigt die private Schulung. Sie trifft alle Entscheidungen, die mit einem ordentlichen Rechtsmittel angefochten werden können.</p> <p>² Die Schulleitung führt die Schule operativ und entlastet die Schulpflege. Sie nimmt die interne Qualitätssicherung und -entwicklung wahr und ist der Schulpflege unterstellt.</p> <p>³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten zur Schulleitung. Er kann für kleine Schulen von der Einsetzung einer Schulleitung absehen und die entsprechenden Kompetenzen bei der Schulpflege belassen.</p>
AG	<p>421.313</p> <p>Verordnung über die Volksschule vom 27. Juni 2012 (Stand 1. Januar 2019)</p> <p>1. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 1 Meldung, Einschreibung</p> <p>¹ Die für die Einwohnerkontrolle zuständige Behörde meldet bis Ende Januar den Schulleitungen die Personalien der Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie laufend die Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern und deren Personalien.</p> <p>² Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder am Wohn- beziehungsweise Aufenthaltsort bei der Schulpflege einschreiben zu lassen.</p> <p>³ Eintritte in eine Privatschule und Austritte sowie Aufnahme und Beendigung einer privaten Schulung vor Beendigung der Schulpflicht sind der Schulpflege mindestens 14 Tage im Voraus zu melden.</p> <p>3. Privatschulen und private Schulung</p> <p>§ 34 Private Schulung</p> <p>¹ Der Nachweis des genügenden Unterrichts gegenüber der Schulpflege gilt als erbracht, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Bildungsziele jenen der öffentlichen Schule entsprechen, b) nicht mehr als fünf Kinder im selben Semester unterrichtet werden, ausser sie stammen aus derselben Familie, c) auf der Kindergarten- und Primarstufe höchstens zwei Kinder mindestens zwei Stunden oder eine Gruppe von drei bis fünf Kindern mindestens drei Stunden täglich fünf Mal pro Woche strukturierten Unterricht erhalten, d) auf der Oberstufe höchstens zwei Kinder mindestens drei Stunden oder eine Gruppe von drei bis fünf Kindern mindestens vier Stunden täglich fünf Mal pro Woche strukturierten Unterricht erhalten, e) die auf der Kindergarten- oder Primarstufe unterrichtende Person mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügt, f) sich die auf der Oberstufe unterrichtende Person über ausreichende Fähigkeiten für das Erteilen der obligatorischen Fächer ausweisen kann. <p>² Ausnahmsweise kann auf die Voraussetzungen von Absatz 1 lit. e und f verzichtet werden, wenn der Unterricht mittels geeignetem Fernstudium erfolgt, wobei ein entsprechender Vertragsabschluss vorzulegen ist.</p>

	<p>³ Planung, Umsetzung und Zielerreichung des Unterrichts werden von einer durch das Departement Bildung, Kultur und Sport beauftragten Person regelmässig überprüft. Erweist sich der Unterricht als ungenügend, beantragt es der Schulpflege die Zuweisung des Kinds oder Jugendlichen in die öffentliche Schule.</p> <p>⁴ Das Departement Bildung, Kultur und Sport und die Schulpflege können von den Eltern die Unterzeichnung einer schriftlichen Vereinbarung verlangen, worin die einzelnen Modalitäten der privaten Schulung festgelegt sind.</p>
AI	<p>411.000</p> <p>Schulgesetz (SchG) vom 25. April 2004 (Stand 23. Oktober 2017)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Das Schulgesetz gilt für die öffentlichen Schulen mit Ausnahme des Gymnasiums.</p> <p>² Als öffentliche Schulen werden im Kanton geführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Kindergarten; b) die Primarschule; c) die Kleinklassenschule; d) die Realschule; e) die Sekundarschule. <p>³ Der Kanton kann fakultative zehnte Klassen führen.</p> <p>⁴ Das Gesetz regelt zudem die Beziehungen zu weiteren Institutionen des Bildungswesens sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht auf der Volksschulstufe gemäss Abs. 2 dieses Artikels.</p> <p>Art. 2 Aufgaben der Schulen</p> <p>¹ Die Schulen unterstützen die Inhaber der elterlichen Sorge in der Erziehung des Kindes zu einem selbstständigen, lebensbejahenden und gemeinschaftsfähigen Menschen. Sie werden nach christlichen Grundsätzen geführt.</p> <p>² Sie fördern die harmonische Entwicklung der körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte des Schülers. Sie vermitteln die grundlegenden Kenntnisse und Fertigkeiten, öffnen den Zugang zu den verschiedenen Bereichen der Kultur und leiten zu selbstständigem Denken und Handeln an.</p> <p>³ Sie erziehen den Schüler nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen des Rechtsstaates zu einem verantwortungsbewussten und toleranten Menschen und Bürger.</p> <p>⁴ Schulbehörden, Lehrkräfte und Inhaber der elterlichen Sorge arbeiten im Interesse des Kindes zusammen, um die Aufgaben der Schule zu erfüllen.</p> <p>III. Übrige Institutionen des Bildungswesens</p> <p>Art. 13 Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>¹ Der Besuch von privaten Schulen und von Privatunterricht auf der Volksschulstufe steht frei; er ist dem Schulrat und dem Erziehungsdepartement (nachfolgend Departement genannt) zu melden.</p> <p>² Die Inhaber der elterlichen Sorge tragen die Kosten dieser Ausbildung.</p> <p>³ Die Führung von privaten Schulen sowie die Erteilung von Privatunterricht auf der Volksschulstufe bedürfen der Bewilligung durch die Landesschulkommission und unterstehen deren Aufsicht.</p> <p>IV. Rechtsstellung der Schulbeteiligten</p> <p>IV.A. Schüler</p> <p>IV.A.c. Schulort</p> <p>Art. 22 Schulgemeinde des Wohnortes</p> <p>¹ Die Schulpflicht ist grundsätzlich in der Schulgemeinde des Wohnortes (Art. 4 Abs. 1 dieses Gesetzes) zu erfüllen.</p> <p>² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Real-, Sekundar- und Kleinklassenschule (Art. 4 Abs. 2 dieses Gesetzes), das Gymnasium und die Vertragsschulgemeinden (Art. 5 dieses Gesetzes).</p> <p>³ Die Schulpflicht kann auch am bewilligten Schulort (Art. 23 - 25 dieses Gesetzes) oder am Ort der Privatschule bzw. des Privatunterrichts (Art. 13 dieses Gesetzes) erfüllt werden.</p> <p>IV.C. Lehrkräfte</p> <p>IV.C.b. Anstellungsrechtliche Bestimmungen</p> <p>Art. 32 Anstellungsvoraussetzung</p>

	<p>¹ Als Lehrkräfte an einer öffentlichen Schule können nur Inhaber der kantonalen Lehrbewilligung angestellt werden.</p> <p>² Das Departement erteilt die kantonale Lehrbewilligung in der Regel nur an Personen, die an einer anerkannten Lehrerbildungsanstalt das Lehrpatent für die entsprechende Schulstufe erlangt haben und die in charakterlicher und fachlicher Hinsicht den Anforderungen des Lehrerberufes genügen.</p> <p>³ An Personen, denen in einem anderen Kanton die Lehrbewilligung entzogen worden ist, wird keine kantonale Lehrbewilligung erteilt.</p>
AI	<p>411.010 Schulverordnung (SchV) vom 21. Juni 2004 (Stand 23. Oktober 2017) III. Rechtsstellung der Lehrkräfte Art. 9 Lehrkräfte an Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>¹ Für die Anstellung von Lehrkräften an Privatschulen gelten die gleichen Anstellungsveraussetzungen wie für die Anstellung von Lehrern an öffentlichen Schulen. Im Übrigen regeln die Privatschulen das Arbeitsverhältnis mit den Lehrkräften im Rahmen des Obligationenrechtes.</p> <p>² Wer Privatunterricht anstelle der öffentlichen Schulen erteilt, muss die Anstellungsveraussetzungen von Art. 32 SchG erfüllen.</p>
AI	<p>411.012 Landesschulkommissionsbeschluss zum Schulgesetz (LSKB SchG) vom 18. Mai 2005 (Stand 1. Januar 2019) A. Schularten A.VI. Privatschulen und Privatunterricht Art. 22g Bewilligung für die Führung von Privatschulen und die Erteilung von Privatunterricht</p> <p>¹ Die Führung einer Privatschule und die Erteilung von Privatunterricht bedarf der Bewilligung durch die Landesschulkommission.</p> <p>² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchsteller nachweisen, dass sie die nachstehenden Bewilligungsvoraussetzungen erfüllen.</p> <p>³ Die Bewilligung wird befristet auf ein Jahr erteilt und kann wieder erneuert werden.</p> <p>⁴ Die Bewilligung zum Privatunterricht berechtigt ausschliesslich zum Unterricht von Kindern einer einzelnen Familie.</p> <p>Art. 22h Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>¹ Der Unterricht muss von Personen erteilt werden, welche eine kantonale Lehrbewilligung besitzen.</p> <p>² Der kantonale Lehrplan ist verbindlich.</p> <p>³ Die obligatorischen Lehrmittel sind zu verwenden.</p> <p>⁴ Die wöchentliche Lektionenzahl der entsprechenden Stufe ist auf 5 Tage verteilt innerhalb von 8 Stunden pro Tag (nicht vor 7.30 Uhr und nicht nach 17.30 Uhr) einzuhalten.</p> <p>⁵ Die Anzahl der Schuljahre ist verbindlich, die Promotionsordnung gilt sinngemäss.</p> <p>⁶ Der Erziehung zur Sozialkompetenz ist besondere Beachtung zu schenken.</p> <p>Art. 22i Aufsicht</p> <p>¹ Die Aufsicht wird durch das Volksschulamt wahrgenommen.</p> <p>² Das Volksschulamt hat zu den in Art. 22h Abs. 4 dieses Beschlusses genannten Zeiten freien Zutritt zu den Räumen, in denen Unterricht gehalten wird.</p> <p>³ Das Volksschulamt kann die Führung eines Unterrichtsjournals anordnen, seinen Inhalt festlegen und sich das Journal periodisch vorlegen lassen.</p> <p>⁴ Das Volksschulamt kann zur Überprüfung der Einhaltung des Lehrplanes Prüfungen an von ihm bezeichneten Orten durchführen.</p> <p>⁵ Das Volksschulamt prüft insbesondere auch die Erfüllung des Schulauftrages im Sinne von Art. 2 SchG.</p> <p>⁶ Das Volksschulamt erstattet der Landesschulkommission jährlich Bericht über die Inspektions- und Prüfungsergebnisse.</p> <p>Art. 22k Entzug der Bewilligung</p> <p>¹ Die Bewilligung wird von der Landesschulkommission entzogen, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt werden.</p> <p>² Die Bewilligung wird ausserdem entzogen, wenn Privatschule und Privatunterricht den Erziehungsauftrag von Art. 2 Abs. 3 SchG nicht erfüllen.</p>

AR	<p>411.0 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 24. September 2000 (Stand 1. Januar 2016) II. Trägerschaft der Schulen Art. 6 Private Schulen, häuslicher Unterricht</p> <p>¹ Wer eine private Schule führt, braucht eine Bewilligung des Departements Bildung und Kultur. Sie wird erteilt, wenn die Schule alle Anforderungen erfüllt, welche an öffentliche Schulen gestellt werden. ² Der häusliche Unterricht anstelle des Unterrichts in öffentlichen oder privaten Schulen bedarf während der Dauer der obligatorischen Schulzeit einer Bewilligung des Departements Bildung und Kultur. ³ Private Schulen sowie der häusliche Unterricht unterstehen der Aufsicht des Departements Bildung und Kultur.</p>
AR	<p>411.1 Verordnung zum Gesetz über Schule und Bildung (Schulverordnung) vom 26. März 2001 (Stand 30. September 2016) VI. Organisation der Schule Art. 38 Pädagogische Fachstellen a) Grundsätze</p> <p>¹ Die Pädagogischen Fachstellen übernehmen Aufgaben der Aufsicht, der Steuerung und des Qualitätsmanagements. Ihre Angebote gegenüber Lehrenden, Schulbehörden, Lernenden und Erziehungsberechtigten erfüllen sie im Sinne wirksamer und wirtschaftlicher Dienstleistungen. ² Das Departement Bildung und Kultur erlässt für die einzelnen Fachstellen Pflichtenhefte. ³ Das Grundangebot gegenüber den Gemeinden und Lehrenden gemäss Art. 38 und 39 ist kostenlos.</p> <p>Art. 39 b) Hauptaufgaben</p> <p>¹ Aufsicht und Kontrolle (Qualitätssicherung) Vorschriftenkontrolle gegenüber Gemeinden, Schulbehörden und Lehrenden; Begutachtung von Lehrenden und Schulleitungen auf Antrag von Schulleitungen bzw. Schulbehörden; Kontrolle der Privatschulen und des häuslichen Unterrichts. ² Evaluation von Schulen (Qualitätsentwicklung) Planung, Durchführung und Auswertung der Evaluation von Schulen; Unterstützung der Gemeinden im Aufbau der Selbstevaluation. ³ Unterstützung, Beratung, Weiterbildung und Entwicklung (Qualitätsvorsorge)</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Schulentwicklung: Planung, Durchführung und Auswertung kantonaler Projekte; Beratung von Gemeinden in Fragen der Schulentwicklung; kantonale und regionale Koordination der Schulentwicklung. b) Weiterbildung: Bedürfnisabklärung, Planung und Durchführung von kantonalen Angeboten für Lehrende, Schulleitungen und Schulbehörden; Beratung der Gemeinden bei schulinternen Vorhaben; Planung und Durchführung von Angeboten im Zusammenhang mit Projekten der Schulentwicklung und der Berufseinführung von Lehrenden. c) Beratung der Lehrenden zur beruflichen Weiterentwicklung und bei schulischen und persönlichen Problemen.
	<p>Siehe auch Departement Bildung Kanton Appenzell Ausserrhoden, Amt für Volksschule und Sport: Richtlinien zum Häuslichen Unterricht, Stand 1. August 2012</p>
BE	<p>101.1 Verfassung des Kantons Bern vom 06.06.1993 (Stand 11.12.2013) 3. Öffentliche Aufgaben 3.7 Bildung und Forschung Art. 43 Schulen</p> <p>¹ Kanton und Gemeinden führen öffentliche Kindergärten und Schulen. Der Unterricht ist konfessionell und politisch neutral. ² Sie können an Privatschulen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, Beiträge leisten. ³ Der Kanton ordnet die Aufsicht über die Privatschulen und den Privatunterricht.</p>
BE	<p>101.1 Constitution du canton de Berne du 06.06.1993 (état au 11.12.2013) 3. Tâches publiques 3.7 Formation et recherche Art. 43 Ecoles</p>

	<p>¹ Le canton et les communes entretiennent des jardins d'enfants et des écoles. L'enseignement respecte la neutralité confessionnelle et politique.</p> <p>² Le canton et les communes peuvent allouer des subsides aux écoles privées qui assument des tâches publiques.</p> <p>³ Le canton règle la surveillance sur les écoles privées et sur l'enseignement privé.</p>
BE	<p>432.210 Volksschulgesetz (VSG) vom 19.03.1992 (Stand 01.01.2019) 2 Die Volksschule Art. 2 Aufgaben der Volksschule 1 im Allgemeinen</p> <p>¹ Die Volksschule unterstützt die Familie in der Erziehung der Kinder.</p> <p>² Sie trägt, ausgehend von der christlich-abendländischen und demokratischen Überlieferung, zur harmonischen Entwicklung der Fähigkeiten der jungen Menschen bei.</p> <p>³ Sie fördert das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler und schützt ihre seelisch-geistige und körperliche Integrität. Sie sorgt für ein Klima von Achtung und Vertrauen.</p> <p>⁴ Sie weckt in ihnen den Willen zur Toleranz und zu verantwortungsbewusstem Handeln gegenüber Mitmenschen und Umwelt sowie das Verständnis für andere Sprachen und Kulturen.</p> <p>⁵ Die Volksschule vermittelt jene Kenntnisse und Fertigkeiten, welche die Grundlage für die berufliche Ausbildung, für den Besuch weiterführender Schulen und für das lebenslange Lernen darstellen.</p> <p>Art. 2a 2 des Kindergartens</p> <p>¹ Der Kindergarten hat zum Ziel, das Kind in seiner Entwicklung zu fördern, es in eine erweiterte Gemeinschaft einzuführen und ihm damit den Übertritt in die Primarstufe zu erleichtern.</p> <p>12 Private Schulung 12.1 Grundsatz Art. 64</p> <p>¹ Die Volksschulpflicht kann auch im Rahmen einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.</p> <p>12.2 Privatschulen Art. 66b Aufsicht und Entzug</p> <p>¹ Die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion beaufsichtigt die Privatschulen.</p> <p>² Privatschulen erstatten der Aufsichtsbehörde periodisch Bericht über das Einhalten der Bewilligungsvoraussetzungen.</p> <p>³ Sie sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Akten zu gewähren, Zutritt zu den Schuleinrichtungen zu verschaffen und sie in allen Belangen zu unterstützen, soweit dies für die Wahrnehmung der Aufsicht erforderlich ist. Sie können sich gegenüber der Aufsichtsbehörde nicht auf gesetzliche Geheimhaltungspflichten berufen.</p> <p>⁴ Werden die Bewilligungsvoraussetzungen nicht eingehalten oder die Auskunfts- und Mitteilungspflichten verletzt, entzieht die Erziehungsdirektion die Bewilligung.</p> <p>12.3 Privatunterricht Art. 71 Bewilligung</p> <p>¹ Eltern, die ihre Kinder selbst oder privat unterrichten lassen, bedürfen einer Bewilligung der zuständigen Stelle der Erziehungsdirektion.</p> <p>Art. 71a Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Eltern gewährleisten, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Aufgaben gemäss Artikel 2 oder Artikel 2a erfüllt werden, b pädagogisch ausgebildete Personen diejenigen Personen anleiten, die den Unterricht erteilen, c genügende Einrichtungen für den Unterricht vorhanden sind, d die für die öffentlichen Kindergarten-, Primar- und Realklassen geltenden Unterrichtsinhalte und -ziele im Rahmen der Schulstufen erreicht werden und e die Unterrichtssprache sich unter Vorbehalt von Absatz 2 nach der Amtssprache der Region richtet. <p>² Eine andere Unterrichtssprache kann bewilligt werden, wenn die Eltern gewährleisten, dass die unterrichtenden Personen über die notwendigen Qualifikationen verfügen.</p>

	<p>Art. 71b Aufsicht und Entzug ¹ Für die Aufsicht über den Privatunterricht und den Entzug der Bewilligung gilt Artikel 66b sinngemäss.</p>
BE	<p>432.210 Loi sur l'école obligatoire (LEO) du 19.03.1992 (état au 01.01.2019) 2 Ecole obligatoire Art. 2 Missions de l'école obligatoire 1 En général ¹ L'école obligatoire seconde la famille dans l'éducation des enfants. ² Elle favorise le développement harmonieux des capacités des jeunes êtres humains dans le respect de la tradition chrétienne et démocratique de la civilisation occidentale. ³ Elle favorise le bien-être corporel, mental et social des élèves et protège leur intégrité psychique et physique. Elle veille au maintien d'un climat de respect et de confiance. ⁴ Elle fait naître en eux la volonté de tolérance, le sens de la responsabilité active à l'égard d'autrui et de l'environnement et le respect des autres langues et des autres cultures. ⁵ L'école obligatoire transmet à l'élève les connaissances et aptitudes propres à lui permettre d'accéder à une formation professionnelle, de suivre l'enseignement délivré par les écoles qui font suite à l'école obligatoire et de s'engager dans une formation permanente. Art. 2a 2 Mission de l'école infantine ¹ L'école infantine a pour but de favoriser le développement de l'élève, de l'introduire dans une communauté élargie et ainsi de faciliter son passage au degré primaire. 12 Enseignement privé 12.1 Principe Art. 64 ¹ L'instruction obligatoire peut être donnée dans une école privée ou sous forme d'instruction privée. 12.2 Ecoles privées Art. 66b Surveillance et révocation de l'autorisation ¹ Les écoles privées sont placées sous la surveillance du service compétent de la Direction de l'instruction publique. ² Elles présentent régulièrement un rapport à l'autorité de surveillance sur le respect des conditions d'autorisation requises. ³ Elles sont tenues de donner tous les renseignements nécessaires à l'autorité de surveillance, de lui donner accès aux dossiers ainsi qu'aux équipements scolaires et de la soutenir dans tous les domaines, pour autant que ces mesures soient nécessaires à l'exercice de sa surveillance. Elles ne peuvent invoquer aucune obligation légale de garder le secret vis-à-vis de l'autorité de surveillance. ⁴ Si les conditions d'autorisation ne sont pas remplies ou si l'obligation de renseigner ou de communiquer n'est pas respectée, la Direction de l'instruction publique révoque l'autorisation. 12.3 Instruction privée Art. 71 Autorisation ¹ Les parents qui instruisent eux-mêmes leurs enfants ou qui leur font donner une instruction privée doivent obtenir une autorisation du service compétent de la Direction de l'instruction publique. Art. 71a Conditions d'autorisation ¹ L'autorisation est octroyée si les parents garantissent a que la mission définie à l'article 2 ou à l'article 2a est accomplie; b que les personnes qui dispensent l'enseignement sont guidées dans leur travail par des personnes dotées des qualifications pédagogiques requises; c qu'ils disposent d'équipements suffisants; d que les contenus et les objectifs d'enseignement assignés aux classes d'école infantine, aux classes primaires ou aux classes générales publiques dans les niveaux d'enseignement correspondants sont respectivement transmis et atteints et e que la langue d'enseignement est déterminée, sous réserve de l'alinéa 2, en fonction de la langue officielle de la région concernée. ² Les parents peuvent être autorisés à dispenser l'enseignement dans une autre langue s'ils garantissent que les personnes qui enseignent disposent des qualifications requises. Art. 71b Surveillance et révocation de l'autorisation</p>

	<p>¹ L'article 66b s'applique par analogie à la surveillance de l'instruction privée et à la révocation de l'autorisation.</p>
BE	<p>432.211.1 Volksschulverordnung (VSV) vom 10.01.2013 (Stand 01.08.2013) 10. Steuerung, Zuständigkeiten und Information 10.2 Erziehungsdirektion Art. 29 Verfügungsbefugnisse, zuständige Stelle</p> <p>¹ Das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist die zuständige Stelle der Erziehungsdirektion für</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Zuweisung zum Sekundarschulunterricht oder die Einführung eines entsprechenden Unterrichtsangebots (Art. 7 Abs. 3 VSG), b die Entscheide über eine andere Ordnung des kirchlichen Unterrichts und über das Zurverfügungstellen von Schulräumen für kirchlichen Unterricht (Art. 16 Abs. 2 und 3 VSG), c die Verfügung des einzelnen Beitrags an die Kosten der Gemeinden für die Schulsozialarbeit im Rahmen der bewilligten Mittel (Art. 20a Abs. 4 VSG), d die Genehmigung der Basisstufe und des cycle élémentaire (Art. 46a Abs. 2 VSG), e die Genehmigung der Beschlüsse gemäss Artikel 47 Absatz 1 VSG (Art. 47 Abs. 3 VSG), f die Einführung und Aufhebung von Niveauunterricht (Art. 47 Abs. 6 VSG), g den Erlass von Verfügungen über die Erhöhung der Beiträge und die Ausweitung des Kreises der berechtigten Gemeinden (Art. 49a Abs. 3 VSG), h die Erhebung und Analyse des Bedarfs an Ausbildungsplätzen (Art. 49i Abs. 1 VSG), i den Abschluss der Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Schule französischer Sprache (Art. 49k Abs. 1 VSG), k den Vollzug der Volksschulgesetzgebung (Art. 53 VSG), l unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines ausserkantonalen Volksschulangebots und die Leistung einer Kostengutsprache für die Schulgeldbeiträge (Art. 58 Abs. 2 VSG), m unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines Volksschulangebots von Schülerinnen und Schülern mit zivilrechtlichem Wohnsitz ausserhalb des Kantons (Art. 58 Abs. 3 VSG), n die Aufsicht über die Privatschulen (Art. 66b Abs. 1 VSG), den Abschluss der Leistungsverträge mit den beitragsberechtigten Privatschulen (Art. 67a Abs. 1 VSG), p unter Vorbehalt von Absatz 4 die Bewilligung des Besuchs eines privaten Ausbildungsgangs für Hochbegabte im Kanton durch bernische Schülerinnen und Schüler. <p>² Die französischsprachige Abteilung des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung nimmt die Zuständigkeiten gemäss Absatz 1 für den französischsprachigen Kantonsteil wahr.</p> <p>³ Die regionalen Schulinspektorate sind die zuständigen Stellen der Erziehungsdirektion für</p> <ul style="list-style-type: none"> a die Einführung und Aufhebung von Förderunterricht (Art. 47 Abs. 6 VSG), b die Bewilligung von Privatunterricht (Art. 71 VSG). <p>⁴ Die Abteilung Mittelschulen des Mittelschul- und Berufsbildungsamts ist Bewilligungsbehörde für bernische Schülerinnen und Schüler, die einen dem gymnasialen Unterricht im 9. Schuljahr entsprechenden ausserkantonalen öffentlichen Ausbildungsgang oder einen ausserkantonalen oder innerkantonalen öffentlichen oder privaten Ausbildungsgang für Hochbegabte besuchen wollen.</p> <p>Siehe auch Erziehungsdirektion Kanton Bern, Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung: Merkblatt zur Bewilligung von privater Schulung vom 30. April 2018</p>
BE	<p>432.211.1 Ordonnance sur l'école obligatoire (OEO) du 10.01.2013 (état au 01.08.2013) 10 Pilotage, compétences et information 10.2 Direction de l'instruction publique Art. 29 Compétences décisionnelles, service compétent</p> <p>¹ L'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation est le service compétent de la Direction de l'instruction publique pour</p> <ul style="list-style-type: none"> a affecter les élèves à l'enseignement secondaire ou mettre en place un tel enseignement (art. 7, al. 3 LEO),

	<p>b statuer sur une réglementation différente de l'enseignement religieux et sur la mise à disposition de locaux pour cet enseignement (art. 16, al. 2 et 3 LEO);</p> <p>c statuer sur le versement de chaque subvention accordée pour le travail social en milieu scolaire des communes dans la limite des moyens accordés (art. 20a, al. 4 LEO);</p> <p>d approuver le cycle élémentaire et la Basisstufe (art. 46a, al. 2 LEO);</p> <p>e approuver les décisions visées à l'article 47, alinéa 1 LEO (art. 47, al. 3 LEO);</p> <p>f mettre en place ou supprimer des cours à niveaux (art. 47, al. 6 LEO);</p> <p>g statuer sur l'augmentation des subventions et l'élargissement du cercle des communes qui ont droit à des subventions (art. 49a, al. 3 LEO);</p> <p>h constater et analyser le nombre de places de formation nécessaires (art. 49i, al. 1 LEO);</p> <p>i conclure la convention de prestations avec l'Ecole cantonale de langue française (art. 49k, al. 1 LEO);</p> <p>k exécuter la législation sur l'école obligatoire (art. 53 LEO);</p> <p>l autoriser la fréquentation d'un établissement de la scolarité obligatoire situé dans un autre canton et émettre une garantie de prise en charge pour les contributions aux écolages (art. 58, al. 2 LEO), sous réserve de l'alinéa 4;</p> <p>m autoriser des élèves ayant leur domicile civil en dehors du canton à fréquenter un établissement de la scolarité obligatoire (art. 58, al. 3 LEO), sous réserve de l'alinéa 4;</p> <p>n assurer la surveillance des écoles privées (art. 66b, al. 1 LEO);</p> <p>o conclure des contrats de prestations avec les écoles privées qui ont droit à des subventions (art. 67a, al. 1 LEO);</p> <p>p autoriser des élèves bernois à fréquenter dans le canton une filière de formation privée destinée aux élèves surdoués, sous réserve de l'alinéa 4.</p> <p>² La section francophone de l'Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation exerce les compétences définies à l'alinéa 1 pour la partie francophone du canton.</p> <p>³ Les inspections scolaires régionales sont les services compétents de la Direction de l'instruction publique pour</p> <ul style="list-style-type: none"> a mettre en place et supprimer des cours d'approfondissement (art. 47, al. 6 LEO), b autoriser l'instruction privée (art. 71 LEO). <p>⁴ La Section des écoles moyennes de l'Office de l'enseignement secondaire du 2e degré et de la formation professionnelle est l'autorité compétente pour délivrer les autorisations aux élèves bernois qui souhaitent fréquenter une filière de formation publique, située en dehors du canton, correspondant à l'enseignement gymnasial de 9e année ou une filière de formation publique ou privée, située en dehors ou dans le canton, destinée aux élèves surdoués.</p>
	<p>Voir aussi Direction de l'instruction publique du canton de Berne, Office de l'enseignement préscolaire et obligatoire, du conseil et de l'orientation: Notice relative à l'enseignement privé du 30 avril 2015</p>
BL	<p>640</p> <p>Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 (Stand 1. August 2018)</p> <p>1 Grundlegende Bestimmungen</p> <p>1.1 Allgemeines</p> <p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinden.</p> <p>² Es enthält ausserdem Bestimmungen über:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die berufliche Grundbildung, soweit nicht der Bund dafür zuständig ist; b. öffentliche Schulen und Bildungsinstitutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit; c. nichtstaatliche Ausbildungen und Schulen; d. Ausbildungsverhältnisse, die nicht dem Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstellt sind, soweit der Regierungsrat sie diesem Gesetz unterstellt. <p>1.3 Nichtstaatliche Ausbildungen und Schulen</p> <p>§ 19 Privatschulen, private Schulung</p> <p>¹ Die Führung von Privatschulen vom Kindergarten bis und mit der Sekundarstufe II sowie die private Schulung zu Hause während der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.</p>

	<p>² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die an die öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen erfüllt sind.</p> <p>³ Die Privatschulen und die private Schulung zu Hause unterstehen während der obligatorischen Schulzeit der Aufsicht der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion.</p>
BL	<p>640.43</p> <p>Verordnung über die Privatschulen und die private Schulung vom 26. Juni 2018 (Stand 1. März 2019)</p> <p>1 Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>¹ Diese Verordnung regelt die Bewilligung und die Aufsicht über die Privatschulen sowie über die private Schulung während der obligatorischen Schulzeit.</p> <p>² Abweichende und ergänzende Regelungen in anderen Erlassen bleiben vorbehalten.</p> <p>§ 2 Private Schulung</p> <p>¹ Als «private Schulung» gilt die Beschulung der eigenen Kinder durch die Erziehungsberechtigten oder eine von ihnen mit der Beschulung beauftragte Drittperson in einer Gruppe von bis zu 8 Schülerinnen und Schülern.</p> <p>2 Voraussetzungen der Bewilligung</p> <p>§ 3 Allgemeines</p> <p>¹ Die Bewilligung setzt die Einreichung eines Gesuchs an die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft voraus.</p> <p>² Das Gesuch muss folgende Angaben enthalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. das Leitbild der Schule, das aufzeigt, wie das Bildungsziel erreicht werden soll und von welchen zentralen Werten, sich die Schule bzw. die Erziehungsberechtigten leiten lassen; b. das organisatorische Konzept, das aufzeigt, wie die Schule organisiert ist, insbesondere wie der Schulbetrieb und die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten funktioniert (z.B. Raum, Sicherheitskonzept, Personal, Umgang mit Absenzen, Schularzt, Kommunikation intern und extern); c. das pädagogische Konzept, das aufzeigt, wie und in welcher Form die Schule die Schülerinnen und Schüler ausbildet (z.B. pädagogisches Vorgehen, Stundentafel, Schulfächer, Anzahl Lektionen, Unterrichtszeiten); d. Angaben zur Qualitätssicherung und -entwicklung. <p>§ 4 Grundausrichtung</p> <p>¹ Die Privatschulen und die Erziehungsberechtigten im Fall einer privaten Schulung gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler in ihrer Leistung, Persönlichkeitsbildung sowie körperlichen und seelischen Entwicklung in einer Weise gefördert werden, die mit der Bildung an einer öffentlichen Schule vergleichbar ist.</p> <p>² Sie bieten Gewähr, dass die Schülerinnen und Schüler keinen pädagogischen oder weltanschaulichen Einflüssen ausgesetzt werden, die der christlichen, humanistischen und demokratischen Tradition in grundlegender Weise zuwiderlaufen.</p> <p>§ 5 Angaben zu den Gesuchstellenden</p> <p>¹ Die Gesuchstellenden geben bekannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Angaben zur Person inkl. ausführende Organe bei juristischen Personen; b. Angaben zu Personen, die wesentliche Eigentumsrechte an der Trägerschaft innehaben; c. die Namen der Personen, die in der Schule pädagogische oder administrative Leitungsfunktionen ausüben; d. Verbindungen der Trägerschaft zu ideellen Vereinigungen. <p>² Änderungen müssen dem Amt für Volksschulen gemeldet werden.</p> <p>³ Von den Personen gemäss Abs. 1 Bst. c sind zusätzlich Sonderprivatauszüge gemäss Art. 371a des Schweizerischen Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 vorzulegen.</p> <p>⁴ Es ist ein Businessplan mit Finanzierungsnachweis vorzulegen.</p> <p>§ 6 Personal</p> <p>¹ Die Schule verpflichtet sich, zur Mehrheit Lehrpersonen anzustellen, die über eine fachliche und pädagogische Ausbildung für die entsprechende Schulstufe und ein von der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz anerkanntes und gleichwertiges Diplom verfügen.</p>

² Die Schule verpflichtet sich weiter, von allen Personen, die regelmässig in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern kommen, bei ihrer Anstellung einen Sonderprivatauszug gemäss Art. 371a Strafgesetzbuch einzuholen.

³ Bei der privaten Schulung müssen die Erziehungsberechtigten selber oder die von ihnen angestellten Lehrpersonen über die Ausbildung gemäss Abs. 1 verfügen. Abs. 2 gilt sinngemäss.

§ 7 Räumlichkeiten

¹ Es müssen ausreichende, den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechende Räume zur Verfügung stehen. Insbesondere ist der Zugang zur notwendigen Infrastruktur für den Fachunterricht (z.B. Sport, IT, Gestalten) zu gewährleisten.

§ 9 Pädagogisches Konzept

¹ Die Privatschulen und die Erziehungsberechtigten im Fall der privaten Schulung geben Auskunft über pädagogisches Vorgehen, Zielsetzung, Niveaus, Schulfächer, Stundentafel, Umfang der Unterrichtszeit, Lernstandorientierung usw.

² Sie gewährleisten einen Volksschulabschluss gemäss § 7a Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 und die Anschlussfähigkeit an eine weiterführende Ausbildung.

³ Umfasst das Angebot einer Privatschule nur einen Teil der Volksschule, gewährleistet sie die Anschlussfähigkeit an die öffentliche Schule bei einer ordentlichen Beendigung der Privatschule.

§ 12 Qualität

¹ Die Privatschulen bzw. die Erziehungsberechtigten im Fall der privaten Schulung garantieren die Qualitätssicherung und -entwicklung.

3 Erteilung und Entzug der Bewilligung

§ 13 Antragstellung

¹ Für die Bewilligung ist das Amt für Volksschulen zuständig.

² Der Antrag ist dem Amt für Volksschulen bis spätestens Ende Oktober für das darauffolgende Schuljahr einzureichen.

§ 14 Erteilung der Bewilligung

¹ Die Bewilligung ergeht in Form einer Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung.

² Sie kann mit Auflagen verbunden werden.

³ Die Bewilligung wird pro Schulstufe erteilt.

⁴ Die Erstbewilligung für eine Privatschule erfolgt für 1 Schuljahr.

⁵ Die folgende Bewilligung erfolgt unbefristet.

⁶ Bei der privaten Schulung erfolgt die Bewilligung jeweils befristet auf 1 Schuljahr.

§ 15 Entzug der Bewilligung

¹ Sind die Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr gegeben, kann die Bewilligung mit angemessener Frist in der Regel auf das Ende eines Schuljahres entzogen oder geändert werden.

² In wichtigen Fällen kann die Bewilligung jederzeit sofort entzogen oder geändert werden.

³ Dies gilt auch, wenn eine Privatschule oder die Erziehungsberechtigten im Fall der privaten Schulung ihren Melde- und Mitwirkungspflichten nicht nachkommen.

4 Aufsicht

§ 16 Amt für Volksschulen

¹ Aufsichtsinstanz ist das Amt für Volksschulen.

§ 18 Aufsicht über private Schulung

¹ Dem Amt für Volksschulen ist halbjährlich eine Semesterplanung mit den Bildungsschwerpunkten und den Unterrichtsinhalten vorzulegen.

² Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, Einsicht in die notwendigen Unterlagen zu gewähren. Sie haben dem Amt für Volksschulen jederzeit Auskunft zu erteilen und Zutritt zu den Räumlichkeiten zu gewähren.

§ 19 Meldepflichten

¹ Die Privatschulen und die Erziehungsberechtigten im Fall der privaten Schulung sind verpflichtet, wesentliche, die Bewilligung beeinflussende Änderungen der Aufsichtsinstanz zu melden.

² Nimmt eine Privatschule Schülerinnen und Schüler auf oder entlässt sie solche, meldet sie dies den zuständigen Schulbehörden des Wohnorts der betreffenden Schülerin oder des betreffenden Schülers.

³ Bei der privaten Schulung gibt das Amt für Volksschulen der Schulleitung der Wohnsitzgemeinde Kenntnis von der Bewilligung.

	<p>⁴ Dies entbindet die Erziehungsberechtigten nicht von der Pflicht zur Abmeldung des Kindes an der jeweiligen öffentlichen Schule.</p>
BL	<p>641.11 Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule vom 13. Mai 2003 (Stand 1. Januar 2018) 9 Leitung und Aufsicht 9.3 Amt für Volksschulen § 70 Aufgaben</p> <p>¹ Das Amt für Volksschulen ist zuständig für alle Belange der Primarstufe, die durch Gesetz und die Verordnung nicht anderen Organen übertragen sind.</p> <p>² Es hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Beratung der Schulräte und Schulleitungen; b. die Genehmigung der Ausnahmen der Klassen- und Kursbildung der Primarstufe; c. die Bewilligung und Beaufsichtigung der Privatschulen und der privaten Schulung auf der Primarstufe; d. die Beurteilung der Schulleitungen im Unterricht zu Handen des Schulrats; e. das Führen von jährlichen Betriebsgesprächen mit den Schulleitungen; f. die inhaltliche Verantwortung und Mitwirkung bei der Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen und des nicht unterrichtenden Schulpersonals; g. die Antragsstellung zu Lehrmitteln und Lehrplänen zu Handen des Bildungsrates; h. die Koordination der Inhalte der Schulfächer, der fachübergreifenden Themen und der überfachlichen Kompetenzen; i. die Koordination der kantonalen Leistungstests (Checks) und die Durchführung der Übertrittsprüfung; j. die Sicherstellung von Betreuungsangeboten für befristete Schulausschlüsse von Schülerinnen und Schülern, insbesondere TimeOut; k. die Einsetzung der Fachpersonen und Mentorinnen und Mentoren auf Antrag der Schulleitung sowie der Expertinnen und Experten für die Begleitung von Sachgeschäften; l. die Sicherstellung und Begleitung von Prozess-, Themen- und Betriebsevaluationen; m. die Kontrolle der Einhaltung von den kantonalen Regelungen; n. den Erlass von Reglementen für die Schulen nach Rücksprache mit dem Schulträger; o. die Steuerung, Bedarfsplanung und Qualitätsentwicklung der Speziellen Förderung; p. die Festlegung der Leitungszeit der Schulleitungen und deren Überprüfung alle 2 Jahre <p>³ Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen nach Rücksprache mit dem Schulträger.</p>
BL	<p>642.11 Verordnung für die Sekundarschule vom 13. Mai 2003 (Stand 1. August 2018) 6 Leitung und Aufsicht 6.3 Amt für Volksschulen § 51 Aufgaben</p> <p>¹ Das Amt für Volksschulen ist zuständig für alle Belange der Sekundarstufe I, die durch Gesetz und die Verordnung nicht anderen Organen übertragen sind.</p> <p>² Es hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Steuerung der Sekundarstufe I, insbesondere die Budgetierung in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der BKSD; b. die Beratung der Schulräte und Schulleitungen; c. die Genehmigung der Klassenbildung und die Genehmigung der Ausnahmen der Kursbildung der Sekundarstufe I; d. die Bewilligung und Beaufsichtigung der Privatschulen und der privaten Schulung auf der Sekundarstufe I; e. die Beurteilung der Schulleitungen im Unterricht zu Handen des Schulrats; f. das Führen von jährlichen Betriebsgesprächen mit den Schulleitungen; g. die inhaltliche Verantwortung und Mitwirkung bei der Aus- und Weiterbildung der Schulleitungen und des nicht unterrichtenden Schulpersonals; h. die Antragsstellung zu Lehrmitteln und Lehrplänen zu Handen des Bildungsrates;

	<ul style="list-style-type: none"> i. die Koordination der Inhalte der Schulfächer, der fachübergreifenden Themen und der überfachlichen Kompetenzen; j. die Koordination der kantonalen Leistungstests (Checks) und des Abschlusszertifikates am Ende der Volksschule sowie die Durchführung der Übertrittsprüfung; k. die Verantwortung für die Austauschprojekte; l. die Sicherstellung von Betreuungsangeboten für befristete Schulausschlüsse von Schülerinnen und Schüler, insbesondere TimeOut; m. die Sicherstellung des Angebotes BerufswegBereitung (BWB) auf der Sekundarstufe I; n. die Einsetzung der Fachpersonen und Mentorinnen und Mentoren auf Antrag der Schulleitung sowie der Expertinnen und Experten für die Begleitung von Sachgeschäften; o. die Sicherstellung und Begleitung von Prozess-, Themen- und Betriebsevaluationen; p. die Kontrolle der Einhaltung von den kantonalen Regelungen; q. den Erlass von Reglementen für die Schulen nach Rücksprache mit dem Schulträger; r. die Steuerung, Bedarfsplanung und Qualitätsentwicklung der Speziellen Förderung; s. die Festlegung der Leitungszeit der Schulleitungen und deren Überprüfung. <p>³ Über Ausnahmen in Bezug auf Regelungen in dieser Verordnung entscheidet das Amt für Volksschulen auf Antrag der Schulleitung, bzw. des Schulrats.</p>
BS	<p>410.100</p> <p>Schulgesetz vom 4. April 1929 (Stand 13. August 2018)</p> <p>II. Allgemeine Bestimmungen. Schulpflicht und Schülerinnen und Schüler</p> <p>§ 58 Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit Aufenthalt im Kanton</p> <p>¹ Schülerinnen und Schüler mit Aufenthalt im Kanton, die von einer staatlichen Schule in eine andere wechseln wollen, die eine Privatschule besucht haben oder privat unterrichtet wurden und in eine staatliche Schule übertreten wollen oder die neu zugezogen sind, werden von der Schulleitung aufgenommen, wenn sie die erforderlichen Leistungen und Berechtigungen vorweisen können.</p> <p>² Die Schulleitung kann die Schülerin oder den Schüler provisorisch aufnehmen.</p> <p>³ Die Schulleitung kann für die Aufnahme eine Aufnahmeprüfung anordnen.</p> <p>⁴ Die Mittelschulen, die Wirtschaftsmittelschule und das Zentrum für Brückenangebote sind nicht verpflichtet, Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, die aus einer anderen Schule wegen grober Verstösse oder fortgesetzter Übertretung der Disziplinvorschriften entlassen worden sind.</p> <p>§ 59 Dispens vom Besuch der Volksschulen</p> <p>Von der Pflicht, die Volksschulen zu besuchen, sind zeitweilig oder dauernd entbunden:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Kinder, die im Auftrag der kantonalen Jugendhilfe in einem Heim oder Internat unterrichtet werden; b) Kinder, welche in einer staatlich bewilligten Privatschule unterrichtet werden oder kantonal bewilligten Privatunterricht erhalten. <p>VII^{ter}. Privatunterricht</p> <p>§ 135</p> <p>¹ Privatunterricht für Schülerinnen und Schüler zur Erfüllung der Schulpflicht bedarf einer Bewilligung der Volksschulleitung.</p> <p>² Voraussetzungen für die Bewilligung sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Es müssen nachweisbar besondere Gründe vorliegen, dass ein Unterrichtsbesuch nicht möglich ist; b) der Privatunterricht ist mit dem Kindeswohl vereinbar; c) ein qualitativ ausreichender Unterricht wird gewährleistet; d) der Unterricht muss so gestaltet sein, dass der Anschluss an das nächste Bildungsangebot gesichert ist; e) wenn das Kind länger als ein Jahr Privatunterricht erhält, muss spätestens im zweiten Jahr die jeweilige Lehrperson über ein anerkanntes Lehrpersonendiplom verfügen. <p>³ Die Bewilligung wird längstens für ein Schuljahr erteilt und kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.</p> <p>⁴ Die Bewilligung kann nach ihrem Ablauf erneuert werden.</p> <p>⁵ Die Bewilligung kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung oder Auflagen und Bedingungen der Volksschulleitung nicht erfüllt werden.</p>

	<p>⁶ Die Volksschulleitung bezeichnet eine Aufsichts- und Kontaktperson. Die Aufsichts- und Kontaktperson kann für den Privatunterricht Weisungen erteilen und die Sachkompetenz der Schülerinnen und Schüler überprüfen lassen.</p>
FR	<p>411.0.1 Loi sur la scolarité obligatoire (loi scolaire, LS) du 09.09.2014 (version entrée en vigueur le 01.07.2018) 1 Dispositions générales Art. 1 Champ d'application et objet ¹ La présente loi s'applique à la scolarité obligatoire. ² Elle a pour objet:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) les finalités, buts et principes de l'école; b) le fonctionnement général de l'école; c) les droits et obligations des élèves et de leurs parents; d) la fonction et le statut des enseignants et enseignantes; e) la fonction et le statut des autorités scolaires; f) les attributions des communes et l'organisation des cercles scolaires; g) les services de logopédie, psychologie et psychomotricité; h) le financement de l'école; i) l'enseignement privé; j) les voies de droit; k) le rôle des autorités cantonales. <p>Art. 5 Scolarité obligatoire – Principe ¹ Les parents ont le droit et l'obligation d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée ou de leur dispenser un enseignement à domicile. ² L'enseignement privé est soumis aux conditions prévues aux articles 76 à 85.</p> <p>3 Parents Art. 32 Violation des obligations scolaires ¹ Les parents sont responsables de la fréquentation de l'école par leur enfant. ² Toute personne qui, intentionnellement ou par négligence, n'aura pas satisfait à son obligation d'envoyer un ou une enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de lui dispenser un enseignement à domicile autorisé, sera punie d'une amende de 100 à 5000 francs prononcée par la préfecture. ³ La décision de la préfecture est communiquée à la Direction lorsqu'elle est devenue définitive et exécutoire.</p> <p>4 Elèves Art. 37 Evaluation ¹ Le travail scolaire est l'objet d'une évaluation régulière, communiquée à l'élève et à ses parents. ² Les élèves sont soumis à des tests de référence qui ont pour but de vérifier, à différents stades de la scolarité obligatoire, l'atteinte des objectifs d'apprentissage. ³ Le Conseil d'Etat édicte des dispositions sur le contenu, les critères et la communication de l'évaluation. Il définit également les cas dans lesquels des objectifs d'apprentissage particuliers et des règles d'évaluation particulières peuvent s'appliquer.</p> <p>10 Enseignement privé 10.1 Ecoles privées Art. 77 Langue d'enseignement ¹ La langue d'enseignement des écoles privées doit être l'une des langues nationales. ² La Direction peut toutefois autoriser une école privée à dispenser son enseignement dans une autre langue si les élèves de langue étrangère qu'elle accueille séjournent temporairement dans le canton et que leur intégration ne soit pas prioritaire. ³ Dans ce cas, l'école peut dispenser un programme d'enseignement international reconnu par l'Etat tiers dont il est issu.</p> <p>Art. 79 Financement ¹ Les parents supportent les frais de scolarisation de leur enfant dans une école privée. ² L'Etat n'octroie aucune subvention aux écoles privées.</p>

	<p>Art. 80 Recours aux services de logopédie, psychologie et psychomotricité, et santé des élèves</p> <p>¹ Les services de logopédie, psychologie et psychomotricité sont accessibles aux élèves des écoles privées. Le recours à ces services est gratuit s'il est conforme aux prescriptions fixées par la Direction.</p> <p>² Les élèves sont soumis périodiquement à des contrôles médicaux et dentaires conformément à la législation spéciale.</p> <p>10.2 Enseignement à domicile</p> <p>Art. 81 Autorisation</p> <p>¹ Les parents ont le droit de dispenser ou de faire dispenser à leurs enfants un enseignement à domicile.</p> <p>² L'enseignement à domicile est soumis à une autorisation de la Direction.</p> <p>³ Les parents ou le précepteur ou la préceptrice doivent avoir les qualifications professionnelles pédagogiques nécessaires.</p> <p>⁴ La formation dispensée doit être équivalente à celle des écoles publiques et permettre l'atteinte des objectifs fixés par les plans d'études en vigueur à l'école publique. L'article 37 al. 2 s'applique aux enfants concernés. L'article 77 al. 3, appliqué par analogie, est réservé.</p> <p>⁵ Les programmes d'enseignement à distance ne sont pas reconnus.</p> <p>⁶ L'enseignement et l'éducation respectent les droits fondamentaux de la personne.</p> <p>⁷ L'autorisation peut en tout temps être limitée, assortie de charges ou retirée si l'une des conditions d'octroi n'est plus remplie.</p> <p>Art. 82 Langue d'enseignement</p> <p>¹ L'article 77 est applicable par analogie à la langue d'enseignement.</p> <p>Art. 83 Surveillance</p> <p>¹ L'enseignement à domicile est placé sous la surveillance de la Direction.</p> <p>² La Direction peut exiger des parents les renseignements et les documents nécessaires et charger une personne la représentant d'assister à l'enseignement et de procéder à l'évaluation des enfants.</p> <p>³ Tout changement de précepteur ou préceptrice ou tout changement de programme d'enseignement doit être annoncé à la Direction.</p> <p>⁴ Les parents sont soumis à l'obligation de transmettre les données requises par le système d'information statistique suisse.</p> <p>⁵ Si l'obligation de renseigner ou de communiquer n'est pas respectée, la Direction peut limiter, assortir de charges ou retirer son autorisation.</p> <p>Art. 84 Financement</p> <p>¹ L'article 79 est applicable par analogie au financement.</p> <p>Art. 85 Recours aux services de logopédie, psychologie et psychomotricité, et santé des enfants</p> <p>¹ L'article 80 est applicable par analogie au recours aux services de logopédie, psychologie et psychomotricité et à la santé des enfants.</p>
FR	<p>411.0.1</p> <p>Gesetz über die obligatorische Schule (Schulgesetz, SchG) vom 09.09.2014 (Fassung in Kraft getreten am 01.07.2018)</p> <p>1 Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1 Geltungsbereich und Gegenstand</p> <p>¹ Dieses Gesetz gilt für die obligatorische Schule.</p> <p>² Es hat zum Gegenstand:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Aufgaben, Ziele und Grundsätze der Schule; b) den allgemeinen Betrieb der Schule; c) die Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern; d) die Funktion und die Stellung der Lehrpersonen; e) die Funktion und die Stellung der Schulbehörden; f) die Zuständigkeiten der Gemeinden und die Organisation der Schulkreise; g) die logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Dienste; h) die Finanzierung der Schule; i) den privaten Unterricht; j) die Rechtsmittel; k) die Rolle der kantonalen Behörden.

Art. 5 Schulpflicht - Grundsatz

¹ Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, dass ihre Kinder im schulpflichtigen Alter eine öffentliche oder eine private Schule besuchen oder ihnen zu Hause Unterricht erteilt wird.

² Für den privaten Unterricht gelten die Bedingungen nach den Art. 76 bis 85.

3 Eltern**Art. 32 Verletzung der Schulpflichten**

¹ Die Eltern tragen die Verantwortung dafür, dass ihr Kind die Schule besucht.

² Wer absichtlich oder fahrlässig ein schulpflichtiges Kind nicht in eine öffentliche oder private Schule schickt oder ihm keinen genehmigten Unterricht zu Hause erteilt, wird vom Oberamt mit einer Busse von 100 bis 5000 Franken bestraft.

³ Sobald der oberamtliche Entscheid definitiv und rechtskräftig ist, wird er der Direktion mitgeteilt.

4 Schülerinnen und Schüler**Art. 37 Beurteilung**

¹ Die Arbeiten in der Schule sind Gegenstand einer regelmässigen Beurteilung, die den einzelnen Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern mitgeteilt wird.

² Die Schülerinnen und Schüler legen zudem Referenztests ab, mit denen zu verschiedenen Zeitpunkten der obligatorischen Schulzeit überprüft wird, ob die Lernziele erreicht wurden.

³ Der Staatsrat erlässt Bestimmungen über den Inhalt, die Kriterien und die Mitteilungsform der Beurteilung. Er legt ausserdem fest, in welchen Fällen besondere Lernziele und Beurteilungsregeln angewendet werden können.

10 Privater Unterricht**10.1 Privatschulen****Art. 77 Unterrichtssprache**

¹ An den Privatschulen muss in einer der Landessprachen unterrichtet werden.

² Die Direktion kann jedoch einer Privatschule gestatten, den Unterricht in einer anderen Sprache zu erteilen, wenn die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler, die sie aufnimmt, sich vorübergehend im Kanton aufhalten und ihre Integration daher nicht unbedingt notwendig ist.

³ In diesem Fall kann die Schule ein internationales Unterrichtsprogramm anbieten, das vom Drittstaat, aus dem es stammt, anerkannt wird.

Art. 79 Finanzierung

¹ Die Eltern tragen die Schulkosten ihres Kindes in einer Privatschule.

² Der Staat leistet keinen Beitrag an die Privatschulen.

Art. 80 Inanspruchnahme der logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Dienste sowie der Angebote zur Gesundheitsförderung für Schülerinnen und Schüler

¹ Die Schülerinnen und Schüler der Privatschulen können die logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Dienste in Anspruch nehmen. Die Inanspruchnahme dieser Angebote ist unentgeltlich, sofern sie den Vorschriften der Direktion entspricht.

² Die Schülerinnen und Schüler werden zudem regelmässig ärztlich und zahnärztlich untersucht, wie dies in der Spezialgesetzgebung vorgesehen ist.

10.2 Unterricht zu Hause**Art. 81 Bewilligung**

¹ Die Eltern sind berechtigt, ihre Kinder zu Hause zu unterrichten oder unterrichten zu lassen.

² Der Unterricht zu Hause muss von der Direktion bewilligt werden.

³ Die Eltern oder die Hauslehrpersonen müssen über die erforderlichen beruflichen Qualifikationen verfügen.

⁴ Die erteilte Ausbildung muss derjenigen an öffentlichen Schulen entsprechen und es den Kindern ermöglichen, die Ziele der für die öffentliche Schule geltenden Lehrpläne zu erreichen. Artikel 37 Abs. 2 gilt für die betreffenden Schülerinnen und Schüler. Artikel 77 Abs. 3, der sinngemäss gilt, bleibt vorbehalten.

⁵ Fernunterricht wird nicht anerkannt.

⁶ Im Unterricht und in der Erziehung müssen die Grundrechte respektiert werden.

⁷ Die Bewilligung kann jederzeit eingeschränkt, mit Auflagen verbunden oder entzogen werden, wenn eine der Bedingungen für die Bewilligung nicht mehr erfüllt ist.

	<p>Art. 82 Unterrichtssprache ¹ Artikel 77 gilt sinngemäss für die Unterrichtssprache.</p> <p>Art. 83 Aufsicht ¹ Die Direktion übt die Aufsicht über den Unterricht zu Hause aus. ² Die Direktion kann von den Eltern die nötigen Auskünfte und Unterlagen verlangen und eine Person, welche die Direktion vertritt, beauftragen, dem Unterricht beizuwohnen und die Kinder zu beurteilen. ³ Die Eltern müssen die Direktion über jede Änderung der Hauslehrperson oder des Unterrichtsprogramms informieren. ⁴ Die Eltern sind verpflichtet, die vom nationalen statistischen Informationssystem verlangten Daten zu liefern. ⁵ Kommen sie der Auskunftspflicht nicht nach, so kann die Direktion die Bewilligung einschränken, mit Auflagen verbinden oder entziehen.</p> <p>Art. 84 Finanzierung ¹ Artikel 79 gilt sinngemäss für die Finanzierung.</p> <p>Art. 85 Inanspruchnahme der logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Dienste sowie der Angebote zur Gesundheitsförderung für Kinder ¹ Artikel 80 gilt sinngemäss für die Inanspruchnahme der logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Dienste sowie der Angebote zur Gesundheitsförderung für Kinder.</p>
FR	<p>411.0.11 Règlement de la loi sur la scolarité obligatoire (RLS) du 19.04.2016 (version entrée en vigueur le 01.01.2019)</p> <p>1 Dispositions générales</p> <p>1.1 Début de scolarité, lieu et gratuité</p> <p>Art. 3 Changement de domicile ou de type d'enseignement (art. 5 al. 1 et 13 LS) ¹ Lorsqu'un ou une élève change de domicile ou de résidence habituelle, ses parents en informent sans délai la commune du nouveau domicile ou de la nouvelle résidence habituelle. ² Lorsque des parents souhaitent scolariser leur enfant dans une école privée ou lui dispenser un enseignement à domicile, ou lorsque des parents renoncent à un enseignement privé, ils en informent sans délai la commune de domicile ou de résidence habituelle de l'enfant. Ils présentent chaque année à la commune une attestation de l'école privée ou l'autorisation de la Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport (ci-après: la Direction) en cas d'enseignement à domicile. ³ Les communes informent les établissements concernés de l'arrivée ou du départ d'élèves. ⁴ L'élève qui arrive en Suisse en cours de scolarité obligatoire ou qui intègre l'école publique après un enseignement privé est admis-e dans l'année scolaire et le type de classe correspondant en principe à son âge et à son niveau de formation. Des évaluations peuvent être effectuées en cas de besoin. ⁵ L'attribution de la classe est décidée par la direction d'établissement.</p> <p>9 Enseignement privé</p> <p>9.1 Ecoles privées (art. 76 à 80 LS)</p> <p>Art. 142 Atteinte des objectifs d'apprentissage (art. 76 al. 2 let. c LS) ¹ La Direction vérifie au moins une fois par année si la formation dispensée permet l'atteinte des objectifs fixés par les plans d'études en vigueur à l'école publique. ² Lorsque la formation semble insuffisante, la Direction peut soumettre les élèves à des évaluations. ³ En cas d'insuffisance avérée, la Direction met en demeure la direction de l'école privée d'y remédier dans un délai déterminé. Si les insuffisances persistent, elle peut ordonner la scolarisation des élèves à l'école publique.</p> <p>9.2 Enseignement à domicile (art. 81 à 85 LS)</p> <p>Art. 144 Autorisation (art. 81 LS) ¹ La demande d'autorisation d'enseignement à domicile doit notamment comprendre les éléments suivants:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) le nom et la date de naissance de l'enfant ou des enfants concernés; b) le nom de la personne ou des personnes chargées de l'enseignement, avec un curriculum vitæ, accompagné des titres acquis, pour chacune d'elles; c) le programme d'enseignement, la répartition hebdomadaire des unités d'enseignement et la langue d'enseignement;

	<p>d) es mesures prises afin de socialiser l'enfant ou les enfants.</p> <p>² La demande doit être renouvelée chaque année.</p> <p>³ L'enseignement à domicile est réservé à la fratrie ou aux enfants d'une famille recomposée.</p> <p>⁴ Les parents sont responsables de l'enseignement dispensé à leurs enfants.</p> <p>Art. 145 Atteinte des objectifs d'apprentissage (art. 81 al. 4 LS)</p> <p>¹ L'article 142 s'applique par analogie.</p>
FR	<p>411.0.11</p> <p>Reglement zum Gesetz über die obligatorische Schule (SchR) vom 19.04.2016 (Fassung in Kraft getreten am 01.01.2019)</p> <p>1 Allgemeine Bestimmungen</p> <p>1.1 Beginn der Schulpflicht, Schulort und Unentgeltlichkeit</p> <p>Art. 3 Änderung des Wohnorts oder der Unterrichtsform (Art. 5 Abs. 1 und Art. 13 SchG)</p> <p>¹ Wechselt eine Schülerin oder ein Schüler den Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort, so benachrichtigen die Eltern unverzüglich die Gemeinde des neuen Wohnsitzes oder des neuen ständigen Aufenthaltsortes.</p> <p>² Wollen die Eltern ihr Kind in eine Privatschule einschulen oder es zuhause unterrichten oder aber einen privaten Unterricht beenden, so setzen sie unverzüglich die Gemeinde des Wohnsitzes oder des ständigen Aufenthaltsortes ihres Kindes davon in Kenntnis. Sie legen der Gemeinde jedes Jahr eine Bestätigung der Privatschule oder die Bewilligung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (die Direktion) für den Unterricht zuhause vor.</p> <p>³ Die Gemeinden informieren die betreffenden Schulen über den Zu- oder Wegzug von Schülerinnen und Schülern.</p> <p>⁴ Schülerinnen und Schüler, die während der obligatorischen Schulzeit in die Schweiz ziehen oder die nach einem privaten Unterricht in die öffentliche Schule übertreten, werden in der Regel in das Schuljahr und in den Klassentypus aufgenommen, die ihrem Alter und Bildungsstand entsprechen. Bei Bedarf können Evaluationen durchgeführt werden.</p> <p>⁵ Die Schulleitung entscheidet über die Klassenzuteilung.</p> <p>9 Privater Unterricht</p> <p>9.1 Privatschulen (Art. 76–80 SchG)</p> <p>Art. 142 Erreichen der Lernziele (Art. 76 Abs. 2 Bst. c SchG)</p> <p>¹ Die Direktion überprüft mindestens einmal jährlich, ob mit der erteilten Ausbildung die in den Lehrplänen der öffentlichen Schule festgelegten Ziele erreicht werden.</p> <p>² Erscheint die Ausbildung als ungenügend, so kann die Direktion verlangen, dass die Schülerinnen und Schüler Prüfungen ablegen.</p> <p>³ Ist die Ausbildung nachweislich ungenügend, so fordert die Direktion die Leitung der Privatschule auf, die Mängel innert einer bestimmten Frist zu beheben. Bleiben die Mängel bestehen, so kann sie die Einweisung der Schülerinnen und Schüler in die öffentliche Schule anordnen.</p> <p>9.2 Unterricht zu Hause (Art. 81–85 SchG)</p> <p>Art. 144 Bewilligung (Art. 81 SchG)</p> <p>¹ Für die Erteilung der Bewilligung für den Unterricht zu Hause ist ein Gesuch mit namentlich folgenden Unterlagen einzureichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Name und das Geburtsdatum des betreffenden Kindes oder der betreffenden Kinder; b) der Name der Person oder der Personen, die den Unterricht erteilen, jeweils mit Lebenslauf und erworbenen Ausbildungsabschlüssen; c) das Unterrichtsprogramm, der wöchentliche Stundenplan und die Unterrichtssprache; d) die Massnahmen, die zur Sozialisierung des Kindes oder der Kinder getroffen werden. <p>² Das Gesuch muss jährlich erneuert werden.</p> <p>³ Der Unterricht zu Hause bleibt Geschwistern sowie Kindern von Patchwork-Familien vorbehalten.</p> <p>⁴ Die Eltern tragen die Verantwortung für die Ausbildung ihres Kindes oder ihrer Kinder.</p> <p>Art. 145 Erreichen der Lernziele (Art. 81 Abs. 4 SchG)</p> <p>¹ Artikel 142 gilt sinngemäss.</p>

GE	<p><u>C 1 10</u></p> <p>Loi sur l'instruction publique (LIP) du 17 septembre 2015 (Entrée en vigueur : 1^{er} janvier 2016)</p> <p>Chapitre I Dispositions générales</p> <p>Art. 1 Champ d'application</p> <p>¹ La présente loi régit l'instruction obligatoire, soit la scolarité et la formation obligatoires jusqu'à l'âge de la majorité pour l'enseignement public et privé.</p> <p>² Elle régit également l'intégration et l'instruction des enfants et des jeunes à besoins éducatifs particuliers ou handicapés de la naissance à l'âge de 20 ans révolus.</p> <p>³ Elle s'applique aux degrés primaire et secondaire I (scolarité obligatoire) et aux degrés secondaire II et tertiaire ne relevant pas des hautes écoles (ci-après : degré tertiaire B) dans les établissements de l'instruction publique.</p> <p>⁴ Elle s'applique également aux membres du corps enseignant primaire, secondaire et tertiaire B de l'instruction publique.</p> <p>Chapitre VI Instruction obligatoire</p> <p>Art. 37 Obligation d'instruction</p> <p style="text-align: center;"><i>Scolarité obligatoire</i></p> <p>¹ Tous les enfants et jeunes en âge de scolarité obligatoire et habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la présente loi et au programme général établi par le département conformément à l'accord HarmoS et à la convention scolaire romande.</p> <p style="text-align: center;"><i>Formation obligatoire</i></p> <p>² Afin d'assurer le développement des compétences sociales des élèves, un enseignement dispensé exclusivement à distance n'est pas autorisé.</p> <p>³ Les jeunes habitant le canton de Genève ont l'obligation jusqu'à l'âge de la majorité au moins d'être inscrits à une formation.</p> <p>⁴ Il peut s'agir d'une formation qualifiante ou préqualifiante du degré secondaire II.</p> <p>⁵ Le département est l'autorité compétente pour valider la formation obligatoire.</p> <p>⁶ Les modalités d'application sont fixées par voie réglementaire.</p> <p>Art. 38 Surveillance de l'obligation d'instruction</p> <p>¹ Le département, avec le concours des services concernés, veille à l'observation de l'obligation d'instruction, telle que définie à l'article 1.</p> <p>² Les parents sont tenus, sur demande du département, de justifier que leurs enfants, jusqu'à l'âge de la majorité, reçoivent l'instruction obligatoire fixée par la loi.</p> <p>Chapitre VII Enseignement privé</p> <p>Art. 41 Autorisation préalable ou accréditation</p> <p>¹ L'exploitation d'une école privée, pour quelque enseignement que ce soit, hormis celui de degré tertiaire relevant des hautes écoles, doit faire l'objet d'une autorisation préalable du département.</p> <p>² Cette autorisation, qui n'est accordée que si l'enseignement projeté et les conditions dans lesquelles il doit être donné ne sont pas contraires à l'ordre public, aux bonnes mœurs et à l'hygiène, ainsi qu'aux principes fixés à l'article 10, est révoquant en tout temps.</p> <p>³ La procédure et les conditions de l'autorisation sont fixées par voie réglementaire.</p> <p>⁴ L'accréditation des écoles spécialisées privées subventionnées est régie par la présente loi.</p> <p>Art. 43 Instruction obligatoire – Surveillance</p> <p>¹ Le département vérifie en tout temps que l'instruction obligatoire dans les écoles privées ou à domicile est conforme aux dispositions légales et réglementaires.</p> <p>² Les écoles privées proposant un enseignement à des élèves en âge de scolarité obligatoire doivent dispenser un nombre suffisant de cours en français, permettant aux élèves d'être intégrés dans la société locale.</p> <p>³ Le département peut exiger de la direction de l'école privée, respectivement des parents en cas de scolarisation à domicile, les renseignements et les documents nécessaires et charger un de ses représentants de visiter les locaux, d'assister à l'enseignement et de procéder à l'évaluation des élèves.</p> <p>⁴ Si le département constate que l'enseignement donné dans une école privée ou à domicile est insuffisant, il prend les mesures destinées à garantir le droit à l'éducation de l'élève; il met notamment en demeure les parents de les envoyer dans une autre école, de les confier à d'autres professeurs ou</p>
----	---

	<p>de les scolariser à l'école publique.</p> <p>Chapitre IX Scolarité obligatoire – Généralités</p> <p>Art. 57 Conditions d'admission</p> <p>¹ Tout enfant, dès l'âge de 4 ans révolus au 31 juillet, doit être inscrit à l'école dans les 3 jours qui suivent son arrivée à Genève.</p> <p>² Toutefois, les enfants qui sont de passage dans le canton ne peuvent être inscrits à l'école publique que si leur séjour dépasse la durée de 3 mois.</p> <p>³ Lorsqu'un élève venant d'une école privée, d'une scolarisation à domicile ou d'une école extérieure au canton arrive dans un établissement en cours de scolarité obligatoire, il est admis en principe dans le degré et le type de classe qui correspondent à son âge. Un examen et un temps d'essai peuvent lui être imposés.</p>
GE	<p>C 1 10.21</p> <p>Règlement de l'enseignement primaire (REP) du 7 juillet 1993 (Entrée en vigueur : 15 juillet 1993)</p> <p>Chapitre V Droits et obligations des élèves et des parents</p> <p>Section 1 Instruction obligatoire</p> <p>Art. 19 Principes généraux</p> <p>¹ Tous les enfants en âge de scolarité obligatoire et habitant le canton de Genève doivent recevoir, dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile, une instruction conforme aux prescriptions de la loi et au programme général établi par le département.</p> <p>² Les parents doivent donner à leur enfant, en particulier à celui qui rencontre des difficultés importantes d'adaptation à la vie scolaire et sociale, une formation appropriée, correspondant notamment à ses aptitudes. Ils s'efforcent en outre de placer les enfants dans des conditions les plus favorables à leur développement.</p> <p>³ A cet effet, ils sont tenus de collaborer avec l'école et, lorsque les circonstances l'exigent, avec les services de l'office de l'enfance et de la jeunesse et l'office médico-pédagogique.</p>
GE	<p>C 1 10.83</p> <p>Règlement relatif à l'enseignement privé (REPriv) du 27 août 2008 (Entrée en vigueur : 1^{er} septembre 2008)</p> <p>Titre II Instruction obligatoire</p> <p>Art. 14 Enseignement de base suffisant</p> <p>¹ Les enfants en âge de scolarité obligatoire ont droit à un enseignement de base suffisant au sens de l'article 62 de la Constitution fédérale, du 18 avril 1999. Le département peut vérifier en tout temps le respect de ce droit, soit auprès des écoles privées, soit à domicile lorsque l'enseignement est dispensé au domicile de l'enfant.</p> <p>² Lorsque l'enseignement de base semble insuffisant, le département peut soumettre les élèves à des tests organisés sous sa responsabilité.</p> <p>³ En cas d'enseignement de base insuffisant, le département met en demeure la direction de l'école privée, respectivement les parents ou le répondant légal, d'y remédier dans un délai déterminé.</p> <p>⁴ En cas d'insuffisance persistante, il peut ordonner la scolarisation des élèves ou de l'enfant en école publique.</p> <p>Art. 15 Enseignement obligatoire en milieu privé</p> <p><i>Enseignement en école privée</i></p> <p>¹ Les écoles privées au sens de l'article 1, recevant des élèves en âge de scolarité et de formation obligatoires, sont tenues d'annoncer sans délai au département l'arrivée et le départ d'un élève.</p> <p><i>Enseignement à domicile</i></p> <p>² L'enseignement dispensé à domicile est assuré sous la responsabilité des parents ou du répondant légal de l'enfant.</p> <p>³ Les parents ou le répondant légal ont l'obligation d'aviser par écrit et sans délai le département en indiquant :</p> <ol style="list-style-type: none"> a) la personne ou les personnes chargées de l'enseignement; b) les mesures prises pour assurer un enseignement correspondant au plan d'études romand. <p>⁴ Cet avis doit être renouvelé chaque année et lors de chaque changement de résidence habituelle de l'enfant.</p>

GL	<p>IV B/1/3 Gesetz über Schule und Bildung (Bildungsgesetz) vom 6. Mai 2001 (Stand 1. August 2017) 1. Allgemeine Bestimmungen Art. 9 Privater Einzelunterricht ¹ Wollen die Erziehungsberechtigten ihre schulpflichtigen Kinder einzeln unterrichten lassen oder selbst unterrichten, so bedürfen sie einer Bewilligung des Departements. ² Die Bewilligung wird erteilt, wenn a. der Einzelunterricht durch Personen erfolgt, die im Besitz eines anerkannten, stufengemässen Fähigkeitsausweises sind, und b. eine Schulbildung gewährleistet wird, die derjenigen öffentlicher Schulen gleichwertig ist. ³ Das Departement übt die Aufsicht über den privaten Einzelunterricht aus.</p>
GL	<p>IV B/31/4 Verordnung über die Beurteilung, die Promotion und den Übertritt der Lernenden an der Volksschule (Promotionsverordnung) vom 23. November 2010 (Stand 1. August 2011) 1. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Geltungsbereich ¹ Diese Verordnung gilt für den Kindergarten, die Primarstufe und die Sekundarstufe I. ² Sie gilt sinngemäss für die Sonderschulen sowie für Privatschulen und den privaten Einzelunterricht. ³ Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über Aufnahme und Promotion an der Kantonsschule.</p>
GR	<p>421.000 Gesetz für die Volksschulen des Kantons Graubünden vom 21. März 2012 (Stand 1. Januar 2016) 1. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich ¹ Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule. ² Das Gesetz gilt für die öffentlichen Schulen und, soweit es keine Ausnahmen vorsieht, sinngemäss auch für die Institutionen der Sonderschulung sowie für den Privatunterricht und die Privatschulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann. 3. Schul- und Bildungsangebote 3.2. Schulpflicht, Schulort und Unentgeltlichkeit Art. 10 Recht auf Schulbesuch, Schulpflicht ¹ Alle Kinder mit dauerndem Aufenthalt im Kanton haben das Recht, die öffentliche Volksschule zu besuchen. ² Der Schulbesuch ist auf der Primarstufe und auf der Sekundarstufe I obligatorisch. ³ Die Schulpflicht kann auch in Institutionen der Sonderschulung, in Privatschulen oder durch Privatunterricht erfüllt werden. 3.3. Privatschulen und Privatunterricht Art. 18 Privatunterricht, Bewilligungspflicht und Aufsicht ¹ Als Privatunterricht gelten der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe von bis zu vier Schülerinnen und Schülern. ² Privatunterricht bedarf einer Bewilligung des Departements. Diese wird erteilt, wenn das Bildungsangebot demjenigen der öffentlichen Volksschule entspricht und der Lehrplan erfüllt wird. ³ Die Aufsicht obliegt dem Amt. Art. 19 Weitere Leistungen ¹ Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben keinen Anspruch gegenüber der Gemeinde auf die von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen. 8. Finanzierung der Schulen 8.1. Grundsatz Art. 70 2. Bei Privatschulen und Privatunterricht ¹ Der Kanton und die Schulträgerschaften sind nicht verpflichtet, die Kosten für den Privatunterricht und von Privatschulen zu übernehmen. 9. Instanzen und Aufsicht 9.1. Kantonale Instanzen Art. 91 Inspektorat, Schulpsychologischer Dienst und weitere Fachstellen</p>

	<p>¹ Zur Aufgabenerfüllung bietet das Amt in den Sprachregionen besondere Dienstleistungen an. Es führt das Inspektorat, den Schulpsychologischen Dienst und weitere Fachstellen, in deren Grundangebot insbesondere folgende Aufgaben fallen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Aufsicht über die öffentlichen und privaten Volksschulen sowie den Privatunterricht; b) Vollzug und Beratung im Bereich Sonderpädagogik und Integration; c) Qualitätsprüfung und Qualitätssicherung in den einzelnen Volksschulen; d) Bearbeitung allgemeiner Schulfragen; e) schulpsychologische Beratung, Abklärung, Berichterstattung und Antragstellung; f) Diagnostik, Therapie und Evaluation im Bereich der Massnahmen der Sonderpädagogik sowie anderer Fachstellen im Bereich Kinder und Jugendliche; g) Beratung von Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten, Schulleitungen und Schulbehörden. <p>² Das Amt kann Aufgaben Dritten übertragen oder solche beiziehen.</p> <p>³ Die Dienstleistungen des Inspektorates, des Schulpsychologischen Dienstes und der weiteren Fachstellen sind im Rahmen des Grundangebots kostenlos. Für weiter gehende Dienstleistungen können Kostenbeiträge verlangt werden.</p>
GR	<p>421.010 Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 25. September 2012 (Stand 1. August 2018) 2. Schul- und Bildungsangebote 2.3. Privatschulen und Privatunterricht Art. 12 Unterrichtsberechtigung</p> <p>¹ Lehrpersonen an Privatschulen und für den Privatunterricht müssen die gleichen Voraussetzungen für die Unterrichtsberechtigung erfüllen wie Lehrpersonen der öffentlichen Volksschule.</p> <p>Art. 13 Massnahmen bei ungenügenden Voraussetzungen</p> <p>¹ Wenn der Privatunterricht oder der Unterricht an Privatschulen den gesetzlichen und lehrplanmässigen Anforderungen oder den Auflagen nicht entspricht, kann das Departement den Übertritt in die öffentliche Schule verfügen.</p> <p>² Die Regierung kann die Schliessung von Privatschulen verfügen, sofern diese die gesetzlichen Bestimmungen oder Auflagen nicht erfüllen.</p>
JU	<p>410.11 Loi sur l'école obligatoire du 20 décembre 1990 TITRE PREMIER : Dispositions générales Art. 3 Buts de l'école</p> <p>Par les différents moyens à sa disposition, l'école :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) amène l'élève à maîtriser les connaissances fondamentales et à travailler de manière autonome; b) offre à l'enfant la possibilité de construire sa personnalité, de développer ses aptitudes intellectuelles, manuelles et physiques, d'éveiller sa sensibilité esthétique et spirituelle, d'exprimer sa créativité; c) prépare l'enfant à exercer activement son rôle dans la société; d) rend l'enfant conscient de son appartenance au monde qui l'entoure en développant en lui le sens de la fraternité, de la coopération et de la tolérance; e) familiarise l'enfant avec les langues étrangères et lui donne les moyens de développer sa connaissance de plusieurs d'entre elles. <p>Art. 6 Scolarité obligatoire a) Principe</p> <p>¹ Tout enfant, quel que soit son statut, a accès à l'école. ² Les parents ont le droit et l'obligation d'envoyer leur enfant en âge de scolarité obligatoire dans une école publique. Demeure réservé le droit des parents de donner ou de faire donner un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé.</p> <p>b) Degrés, durée</p> <p>³ La scolarité obligatoire comprend deux degrés : le degré primaire, école enfantine incluse, qui dure en principe huit années, et le degré secondaire, qui dure en principe trois années. ⁴ Elle dure onze ans.</p> <p>TITRE QUATRIEME : Parents et élèves</p>

	<p>CHAPITRE PREMIER : Parents</p> <p>Art. 73 Violation des obligations scolaires</p> <p>¹ Tout parent d'un enfant en âge de scolarité obligatoire qui, de manière intentionnelle ou par négligence, contrevient à l'obligation de l'envoyer dans une école publique ou privée ou de lui faire dispenser, à domicile, un enseignement, est puni d'amende.</p> <p>² La commission d'école contrôle l'accomplissement des obligations scolaires et, le cas échéant, prononce l'amende.</p>
JU	<p>410.111</p> <p>Ordonnance portant exécution de la loi scolaire (Ordonnance scolaire) du 29 juin 1993</p> <p>TITRE PREMIER : Dispositions générales</p> <p>Art. 8 Passage de l'école publique à l'enseignement privé</p> <p>Les parents qui entendent donner ou faire donner à leur enfant un enseignement privé, conformément à la législation sur l'enseignement privé, communiquent leur décision par écrit au directeur ou, à défaut, à la commission d'école, à l'intention du conseiller pédagogique.</p>
JU	<p>417.1</p> <p>Loi sur l'enseignement privé du 10 mai 1984</p> <p>TITRE PREMIER : Dispositions générales</p> <p>Article premier : Champ d'application</p> <p>¹ La présente loi garantit et règle le droit d'ouvrir et d'exploiter une école privée sise sur le territoire de la République et Canton du Jura, ainsi que le droit de donner un enseignement privé.</p> <p>² Elle régit l'aide de l'Etat aux écoles privées.</p> <p>TITRE DEUXIEME : Ouverture d'une école ou institution d'un enseignement privé</p> <p>Art. 9 Enseignement en milieu privé</p> <p>¹ Les parents ou les représentants légaux qui entendent donner eux-mêmes, ou faire donner un enseignement privé aux enfants en âge de scolarité obligatoire, en avisent, par écrit, la commission d'école du degré concerné du lieu habituel de résidence de l'enfant. Cet avis indique les personnes chargées de l'enseignement et les mesures prises pour assurer à l'enfant un enseignement correspondant aux exigences générales des plans d'études. L'avis doit être renouvelé au début de chaque année et lors de chaque changement de lieu de résidence de l'enfant.</p> <p>² La commission d'école annonce sans délai au Service de l'enseignement les enfants suivant un enseignement privé. Pour les enfants en âge de fréquenter la 6^{ème} année, la commission de l'école primaire informe également la commission de l'école secondaire.</p> <p>³ Les conseillers pédagogiques procèdent à un contrôle régulier de l'enseignement en milieu privé.</p> <p>⁴ Si l'enseignement se révèle insuffisant, le Département met en demeure les parents ou les représentants légaux de prendre les mesures appropriées. Si l'enseignement reste insuffisant après mise en demeure, le Département ordonne le placement de l'enfant dans une classe de l'école publique.</p>
JU	<p>417.11</p> <p>Ordonnance portant exécution de la loi sur l'enseignement privé du 18 décembre 1984</p> <p>CHAPITRE II : Enseignement en école privée et en milieu privé</p> <p>Art. 20 Enseignement en milieu privé</p> <p>¹ Les parents qui entendent donner ou faire donner à leur enfant un enseignement en milieu privé communiquent leur décision par écrit à la commission de l'école du cercle scolaire. Les personnes chargées de l'enseignement doivent disposer des compétences et du matériel nécessaires permettant d'offrir un niveau d'éducation et d'instruction propre à atteindre les buts assignés à l'école, conformément à l'article 3 de la loi scolaire. Les parents fournissent les attestations nécessaires à cet effet.</p> <p>² La commission d'école transmet sans délai le dossier au Service de l'enseignement. Celui-ci peut requérir tout complément d'information nécessaire.</p> <p>³ Le Département interdit l'enseignement en milieu privé qui ne satisfait pas aux exigences requises. En présence de lacunes de moindre importance, il peut fixer un délai pour remédier à celles-ci, sous peine d'interdiction en cas de non respect.</p> <p>Art. 21 Surveillance</p>

	<p>¹ Le Service de l'enseignement vérifie au moins une fois par année, aux frais des parents, si le niveau d'instruction et d'éducation satisfait aux exigences requises. Si tel n'est pas le cas, il en informe le Département qui procède conformément à l'article 20, alinéa 3.</p> <p>² Lorsque le développement de l'enfant paraît menacé, le Service de l'enseignement informe en outre l'Autorité de protection de l'enfant et de l'adulte.</p>
LU	<p>400a Gesetz über die Volksschulbildung (VBG) vom 22. März 1999 (Stand 1. August 2018) 4 Lernende § 11 Besuch der Volksschule ¹ Kinder und Jugendliche haben im Rahmen der Rechtsordnung a. das Recht, während zwei Jahren, und die Pflicht, während eines Jahres einen öffentlichen oder privaten Kindergarten zu besuchen, b. das Recht und die Pflicht, die Primarstufe und die Sekundarstufe I entweder in der öffentlichen oder in einer privaten Volksschule zu besuchen oder mit Privatunterricht zu absolvieren. ² Sie haben die Schule gemäss den in Lehrplänen festgehaltenen Anforderungen zu besuchen und abzuschliessen. ³ ... ⁴ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten des Schulbesuchs, insbesondere die Aufnahmebedingungen, in Reglementen. 5 Erziehungsberechtigte § 19 Mitwirkung ¹ Die Erziehungsberechtigten entscheiden darüber, ob die von ihnen Vertretenen die öffentliche Volksschule, eine private Volksschule oder Privatunterricht besuchen. ² Sie wirken im Rahmen der Rechtsordnung beim Eintritt in die Kindergartenstufe, in die Primarstufe und in die Sonderschule, bei der Beurteilung der Lernenden sowie beim Übertritt in die Sekundarstufe I und beim Entscheid über die Nutzung von Förderangeboten mit. ³ Sie haben im Rahmen der Rechtsordnung das Recht, den Unterricht und die Schulveranstaltungen ihrer Kinder zu besuchen. ⁴ Der Regierungsrat regelt die allgemeinen, die Schulpflege die örtlichen Mitwirkungsrechte in Reglementen. 11 Private Anbieterinnen § 51 Begriff ¹ Private Anbieterinnen sind Schulen und Institutionen mit einer privaten Trägerschaft oder Personen, die Privatunterricht erteilen. § 52 Grundsätze ¹ Die Volksschule kann auch bei einer privaten Anbieterin besucht werden. ² Förderangebote und schulische Dienste können auch von privaten Anbieterinnen erbracht werden. ³ Die Bildungsziele der Volksschule sind für die privaten Anbieterinnen verbindlich. ⁴ Der Kanton unterstützt im Rahmen der verfügbaren Mittel private Anbieterinnen, kann sich an privaten Trägerschaften beteiligen oder privaten Anbieterinnen Aufgaben übertragen. ⁵ Der Kanton kann Abschlüsse an privaten Schulen anerkennen. § 53 Pflichten ¹ Private Anbieterinnen haben für die Errichtung und den Betrieb von Schulen, Förderangeboten und schulischen Diensten sowie für das Erteilen von Privatunterricht eine Bewilligung beim zuständigen Departement einzuholen. ² Der Kanton kann bei finanzieller Unterstützung oder staatlicher Beteiligung a. eine angemessene Vertretung in den Trägerschaftsorganen beanspruchen, b. die Trägerschaft zur Beteiligung an der staatlichen Planung und Weiterentwicklung der Volksschulbildung verpflichten. § 54 Betriebsbewilligung Das zuständige Departement regelt in der Betriebsbewilligung die Bedingungen für den Betrieb und die Aufsicht.</p>

LU	<p>405 Verordnung zum Gesetz über die Volksschulbildung (Volksschulbildungsverordnung, VBV) vom 16. Dezember 2008 (Stand 1. August 2018) 3 Private Anbieterinnen § 15 Bewilligung ¹ Die Erteilung von Privatunterricht oder die Errichtung von Privatschulen wird vom Bildungs- und Kulturdepartement bewilligt. ² Für die Erteilung einer Bewilligung gemäss Absatz 1 wird vorausgesetzt, dass a. die Trägerschaft der Privatschule oder die Privatunterricht erteilende Person die für die Ausübung dieser öffentlichen Aufgabe notwendige Vertrauenswürdigkeit besitzt, b. die Privatunterricht erteilende Person oder die an der Privatschule unterrichtenden Lehrpersonen eine gleichwertige pädagogische Ausbildung vorweisen können wie die der öffentlichen Schulen und c. der Lehrplan den kantonalen Vorschriften entspricht. ³ Eine Privatunterricht erteilende Person darf nicht mehr als vier Lernende unterrichten. ⁴ Die Dienststelle Volksschulbildung prüft, ob das für die öffentlichen Schulen vorgeschriebene Lernziel durch den Unterricht der privaten Anbieterinnen und Anbieter erreicht wird. Bei ungenügendem Unterricht wird die Bewilligung entzogen und die Einweisung der Lernenden in eine öffentliche Schule verfügt. § 16 Leistungen der öffentlichen Volksschulen ¹ Lernende, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben an ihrem Wohnort Anspruch auf die Leistungen der Schuldienste, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen. 4 Disziplinar- und Strafordnung § 21 Straftatbestände ¹ Erziehungsberechtigte, die für unentschuldigte Schulversäumnisse von Lernenden verantwortlich sind oder die nicht an angeordneten Gesprächen teilnehmen, können von der Schulleitung mit einer Ordnungsbusse bis zu 1500 Franken gebüsst werden. Im Wiederholungsfall können die verantwortlichen Erziehungsberechtigten, sofern sie von der Schulleitung bereits mit einer Ordnungsbusse bestraft worden sind, von der Schulpflege mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden. ² Die Trägerschaft oder die Leitung von Privatschulen sowie Privatunterricht erteilende Personen, die gegen die in der Betriebsbewilligung enthaltenen Bedingungen verstossen oder Anordnungen der zuständigen Behörden nicht befolgen, können vom Bildungs- und Kulturdepartement mit einer Busse bis zu 3000 Franken bestraft werden.</p>
	<p>Siehe auch Bildungs- und Kulturdepartement Kanton Luzern, Dienststelle Volksschulbildung: Merkblatt Privatunterricht während der obligatorischen Schulzeit vom April 2016</p>
NE	<p>410.10 Loi sur l'organisation scolaire (LOS) du 28 mars 1984 (Etat en août 2017) CHAPITRE PREMIER Champ d'application, définitions, organisation et principes Art. 3 Principes ¹ La scolarité obligatoire s'accomplit dans les écoles publiques, soit les écoles des cycles 1, 2 et 3. ² Elle peut avoir lieu dans les écoles privées ou à domicile. Art. 7 Enseignement privé ¹ L'enseignement privé correspondant à la scolarité obligatoire doit être équivalent à celui des écoles publiques. ² Le Département de l'éducation et de la famille peut admettre des dérogations, notamment pour les élèves de langue maternelle étrangère dont le séjour dans le canton est temporaire. CHAPITRE 6 Dispositions financières et systèmes de gestion Art. 47 responsabilité financière L'Etat ni les communes ne subventionnent l'enseignement privé.</p>

NE	<p><u>410.241</u> Arrêté concernant le contrôle de l'enseignement privé du 19 février 1986 (Etat au 25 janvier 2019) Article premier ¹ Tout établissement d'enseignement privé ayant son siège dans le canton de Neuchâtel et dispensant un enseignement au niveau de la scolarité obligatoire est soumis au contrôle général du Département de l'éducation et de la famille (ci-après: le département). ² L'enseignement privé dispensé à domicile fait également l'objet d'un contrôle.</p> <p>Art. 2 Les parents qui décident de donner à leur enfant un enseignement privé en informent la commission scolaire communale ou intercommunale.</p> <p>Art. 3 L'autorité scolaire compétente signale au département tout enfant fréquentant une école privée ou suivant un enseignement dispensé à domicile.</p> <p>Art. 4 ¹ Sous réserve de circonstances particulières, les mutations d'enfants de l'école publique à l'enseignement privé ont lieu lors d'un changement d'année scolaire. ² Au début de chaque année scolaire, les établissements d'enseignement privé sont tenus d'adresser au département la liste nominative de leurs élèves en âge de scolarité obligatoire.</p> <p>Art. 5 Les enfants fréquentant un établissement d'enseignement privé hors du canton sont l'objet d'un contrôle annuel de leur présence dans ledit établissement.</p> <p>Art. 6 Lorsqu'il passe de l'enseignement privé à l'enseignement public, l'enfant est soumis à une évaluation de ses connaissances scolaires pour déterminer son intégration.</p>
NW	Keine gesetzlichen Bestimmungen zu Privatunterricht auffindbar.
OW	<p><u>410.1</u> Bildungsgesetz vom 16. März 2006 (Stand 1. September 2018) 2. Stufenübergreifende Bestimmungen 2.5. Privatschulen und Privatunterricht Art. 40 Privatunterricht ¹ Der Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Volksschulpflicht ausserhalb von Privatschulen bedarf der Bewilligung des Kantons. An die Bewilligung können Bedingungen geknüpft werden.</p> <p>7. Organisation 7.1. Kanton Art. 122 Zuständiges Departement ¹ Das zuständige Departement leitet das gesamte Bildungswesen des Kantons. Es vollzieht die Bildungsgesetzgebung, soweit der Vollzug nicht einer andern Behörde oder Instanz zugewiesen ist. ² Das zuständige Departement ist in stufenübergreifenden Belangen insbesondere zuständig für:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Beaufsichtigung der Schulen des Kantons und der Einwohnergemeinde gemäss Art. 7 dieses Gesetzes sowie der Privatschulen gemäss Art. 38 Abs. 1 dieses Gesetzes, b. die Erteilung und den Entzug der Lehrbewilligung gemäss Art. 27 Abs. 3 und 4 dieses Gesetzes, c. die Bereitstellung eines ausreichenden Weiterbildungsangebots für Lehrpersonen gemäss Art. 31 Abs. 2 dieses Gesetzes, d. die Anordnung von Massnahmen zur Aufsicht von Privatschulen und deren Lehrpersonen gemäss Art. 38 Abs. 2 dieses Gesetzes, e. die Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Volksschulpflicht ausserhalb von Privatschulen gemäss Art. 40 dieses Gesetzes. <p>³ Das zuständige Departement ist in Belangen der Volksschule insbesondere zuständig für:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Bestimmung der Lehrmittel und allfälliger Empfehlungen für Gebrauchsmittel gemäss Art. 62 dieses Gesetzes, b. ... c. ... <p>⁴ Das zuständige Departement zieht Betroffene bei der Planung von Projekten frühzeitig mit ein, insbesondere bei Projekten auf der Volksschulstufe.</p>

	Siehe auch Bildungs- und Kulturdepartement Kanton Obwalden, Amt für Volks- und Mittelschulen AVM: Handreichung Privatunterricht ausserhalb von Privatschulen vom Januar 2014
SG	<p>213.1</p> <p>Volksschulgesetz vom 13. Januar 1983 (Stand 1. April 2019)</p> <p>I. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 1. Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz gilt für die öffentliche Volksschule.</p> <p>^{1bis} Für die anerkannten privaten Sonderschulen als Teil der öffentlichen Volksschule gelten:</p> <p>a) die Bestimmungen dieses Gesetzes über die sonderpädagogischen Massnahmen;</p> <p>b) bei der Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die sonderpädagogischen Massnahmen sachgemäss die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes.</p> <p>² Für den Privatunterricht regelt es die Aufsicht des Staates.</p> <p>VIII. Privatunterricht</p> <p>Art. 115. Aufsicht</p> <p>¹ Privatschulen, die schulpflichtige Kinder unterrichten, unterstehen wie die öffentlichen Schulen der Aufsicht des Staates.</p> <p>Art. 116. Bewilligung</p> <p>a) Grundsatz</p> <p>¹ Errichtung und Führung von Privatschulen bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates.</p> <p>Art. 117. b) Erteilung</p> <p>1. im allgemeinen</p> <p>¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn:</p> <p>a) Schulleitung, fachliche Führung, Organisation und Schulräumlichkeiten einen der öffentlichen Schule gleichwertigen, auf Dauer angelegten Unterricht gewährleisten;</p> <p>b) die obligatorischen Unterrichtsbereiche der öffentlichen Schule unterrichtet werden.</p> <p>² Der Erziehungsrat kann die Bewilligung mit Auflagen verbinden, um die Gleichwertigkeit des Unterrichts sicherzustellen.</p> <p>Art. 118. 2. Privatschulen für ausländische Kinder</p> <p>¹ Privatschulen für ausländische Kinder, die sich vorübergehend in der Schweiz aufhalten, kann die Bewilligung ausnahmsweise auch erteilt werden, wenn die Gleichwertigkeit des Unterrichts nicht vollständig gewährleistet ist.</p> <p>² Der Erziehungsrat kann durch Reglement die Zulassung von Schülerinnen und Schülern einer besonderen Kommission übertragen und zeitlich beschränken.</p> <p>Art. 119. 3. Massnahmen und Entzug</p> <p>¹ Der Erziehungsrat ordnet unter Androhung des Entzugs der Bewilligung Massnahmen an, wenn:</p> <p>a) die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung nicht mehr bestehen;</p> <p>b) Auflagen und Weisungen nicht beachtet werden;</p> <p>c) der Unterricht aus anderen Gründen gefährdet ist.</p> <p>Art. 120. Lehrpersonal</p> <p>¹ Unterricht an Privatschulen darf erteilen, wer eine Lehrbewilligung für Privatschulen besitzt.</p> <p>² Die zuständige Stelle des Staates erteilt die Lehrbewilligung in sachgemässer Anwendung von Art. 62 dieses Gesetzes. Sie kann die Lehrbewilligung befristen.</p> <p>Art. 121 ...</p> <p>Art. 122. Meldepflicht</p> <p>¹ Die Inhaberin oder der Inhaber der Privatschule meldet Eintritt und Austritt von Schülerinnen oder Schülern innert vierzehn Tagen dem zuständigen Schulrat am Wohnsitz der Eltern.</p> <p>² Besucht die Schülerin oder der Schüler eine ausserkantonale Privatschule, so haben die Eltern dem Schulrat eine Bestätigung der Schule einzureichen.</p> <p>Art. 123. Privater Einzelunterricht</p> <p>¹ Für den privaten Einzelunterricht werden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Privatschulen sachgemäss angewendet.</p> <p>² Der Erziehungsrat erteilt die Bewilligung, wenn zudem die Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit sichergestellt ist.</p>

SH	<p>410.100 Schulgesetz vom 27. April 1981 I. Grundsätzliche Bestimmungen Art. 1 Geltungsbereich Das Schulgesetz regelt das Bildungswesen in den öffentlichen Schulen sowie die Aufsicht über private Schulen und privaten Unterricht. Art. 15 Private Schulen, privater Unterricht Private Schulen und privater Unterricht bedürfen der Bewilligung des Erziehungsrates. Während der Dauer der Schulpflicht müssen sie grundsätzlich den Bildungszielen der öffentlichen Schulen genügen; sie stehen unter staatlicher Aufsicht. II. Recht auf Schulbildung sowie Schulpflicht Art. 18 Erfüllung der Schulpflicht ¹ Die Kinder erfüllen ihre Schulpflicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen. Verantwortlich für die Erfüllung sind die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. ² Die Kinder erfüllen ihre Schulpflicht an der Schule ihres Wohnortes bzw. des Schulkreises, zu dem ihr Wohnort gehört. Besondere Fälle und die entsprechenden Entschädigungsansprüche werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt. ³ Kinder, die in ihrer Bildungsfähigkeit erheblich benachteiligt oder in ihrer Entwicklung erheblich gefährdet sind, erfüllen ihre Schulpflicht in Sonderschulen. ⁴ Die Schulpflicht kann auch durch Besuch bewilligter privater Schulen oder bewilligten privaten Unterrichts erfüllt werden. V. Erziehungs- und Schulbehörden bzw. Schulleitung Art. 76 Inspektorat ¹ Im Auftrag des Erziehungsrates beaufsichtigen Inspektoren die Schulen der Gemeinden, die Sonderschulen, den Unterricht an Privatschulen und den privaten Unterricht. ² Die Pädagogische Hochschule und die Kantonsschule werden von ihren Aufsichtskommissionen beaufsichtigt. ³ Aufgaben und Stellung der Inspektoren und der Aufsichtskommissionen werden durch Dekret des Kantonsrates geregelt.</p>
SH	<p>410.110 Schuldekret vom 27. April 1981 II. Schulpflicht und Recht auf Schulbildung § 4 Erfüllung der Schulpflicht in privaten Schulen und durch privaten Unterricht ¹ Eltern, deren Kinder die Schulpflicht nicht durch den Besuch der öffentlichen Schulen erfüllen, sind verpflichtet, die Schulbehörde bzw. Schulleitung vorgängig zu unterrichten, durch welche Art von Unterricht die Erfüllung der Schulpflicht gewährleistet ist. Die Schulbehörde bzw. Schulleitung orientiert das Erziehungsdepartement. ² Das Erziehungsdepartement ist befugt, Überprüfungen durch das Schulinspektorat anzuordnen.</p>
	<p>Siehe auch Kanton Schaffhausen, Erziehungsrat: Grundlagenpapier des Erziehungsrates für die Erteilung einer Bewilligung zur privaten Schulung vom 29. August 2012, angepasst am 26. August 2015</p>
SO	<p>111.1 Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986 (Stand 1. Juli 2016) 6. Staatsaufgaben 6.4. Kultur, Unterricht und Bildung Art. 108. Privatschulen ¹ Private Schulen auf Volks- und Mittelschulstufe, private Berufsschulen und private Institutionen auf Hochschulstufe sind bewilligungspflichtig und stehen unter der Aufsicht des Kantons. ² Der gleiche Grundsatz gilt auch für privaten Unterricht während der obligatorischen Schulzeit, der anstelle des Schulbesuches tritt. ³ Der Kanton kann Privatschulen unterstützen.</p>

SO	<p>413.111 Volksschulgesetz (VSG) vom 14. September 1969 (Stand 1. August 2018)</p> <p>2. Schüler</p> <p>§ 19 Schulpflicht</p> <p>¹ Die Schulpflicht dauert elf Jahre.</p> <p>² ...</p> <p>^{2bis} Die Schüler werden mit dem vollendeten vierten Altersjahr (Stichtag 31. Juli) eingeschult.</p> <p>³ Die Eltern können nach Rücksprache mit der Schulleitung entscheiden, ob ihr Kind ausnahmsweise ein Jahr später eingeschult werden soll. Eine frühere Einschulung ist ausgeschlossen.</p> <p>⁴ ...</p> <p>^{4bis} Das Departement kann auf begründetes Gesuch hin bewilligen, dass ein überdurchschnittlich begabtes Kind die Schulpflicht beschleunigt absolvieren kann.</p> <p>⁵ ...</p> <p>§ 20 Befreiung von der Schulpflicht</p> <p>¹ Das Departement kann einen Schüler von der Schulpflicht befreien, wenn er einen der Volksschule gleichwertigen Unterricht in einer anderen öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Schule besucht, ein Angebot im Rahmen der vertikalen Durchlässigkeit im Berufsbildungswesen in Anspruch nimmt oder eine gleichwertige Bildung erfährt.</p> <p>² Nach einer Befreiung von der Schulpflicht tragen die Eltern die Verantwortung für die genügende Grundbildung des Kindes.</p> <p>5. Lehrer</p> <p>5.1. Voraussetzungen für die Ausübung des Lehrberufes</p> <p>§ 49 Grundsatz</p> <p>¹ Die vom Departement erteilte Unterrichtsberechtigung (Berufsausübungsbewilligung) ist Voraussetzung für die Ausübung des Lehrberufes. Diese wird erteilt, wenn kumulativ folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die für die Ausübung des Lehrberufes notwendige persönliche Eignung; b) die für die entsprechende Lehrtätigkeit erforderliche fachliche Qualifikation (Lehrberechtigung); <p>² Vorbehalten bleibt § 50 Absatz 3.</p> <p>§ 50 Lehrberechtigung</p> <p>¹ Die Lehrberechtigung bestätigt die fachliche Qualifikation einer Lehrperson und wird grundsätzlich von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erteilt und entzogen. Vorbehalten bleibt § 95^{bis}.</p> <p>² Als Lehrperson für die entsprechende Schulart und Schulstufe kann angestellt werden, wer über ein von der EDK anerkanntes Lehrdiplom (Lehrberechtigung) oder eine Gleichwertigkeitsanerkennung des Departements verfügt.</p> <p>³ Lehrpersonen, deren Lehrdiplome nicht anerkannt sind und die über keine Gleichwertigkeitsanerkennung verfügen, können während vier Jahren nur befristet angestellt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> a) ... b) ... <p>6. Behörden und Rechtspflege</p> <p>6.1. Behörden der Einwohnergemeinden</p> <p>6.1.1. Kommunale Aufsichtsbehörde</p> <p>§ 72 Aufgaben</p> <p>¹ Die kommunale Aufsichtsbehörde hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) sie legt das kommunale Volksschulangebot des Schulträgers unter Berücksichtigung der kantonalen Vorgaben fest; b) sie passt die Ausgestaltung der Schulleitung den örtlichen Gegebenheiten an; c) sie schliesst die fachliche Leistungsvereinbarung mit den zu erreichenden Zielen mit der kantonalen Aufsichtsbehörde ab; d) sie erteilt dem Schulleiter den Leistungsauftrag; e) sie erstellt ihre mehrjährige Sach- und Finanzplanung, ihre Kreditanträge sowie den Voranschlag und die Rechenschaftsberichte im Bereich des kommunalen Volksschulangebots;
-----------	---

	<p>f) sie sorgt für Erstellung, Betrieb, Ausrüstung und Unterhalt der Anlagen für das kommunale Volksschulangebot;</p> <p>g) sie prüft die Einhaltung des Voranschlages für die Volksschule im Sinne der Rechtskontrolle;</p> <p>h) sie genehmigt das Leitbild und das Schulprogramm;</p> <p>i) sie stellt die Schulleitung an;</p> <p>j) ...</p> <p>k) sie überprüft die Tätigkeit des Schulleiters und die Qualität der Aufgabenerfüllung;</p> <p>l) sie sorgt dafür, dass alle schulpflichtigen Kinder, die sich in der Einwohnergemeinde beziehungsweise im Schulkreis aufhalten, die Schule besuchen.</p> <p>m) ...</p> <p>² ...</p>
	<p>Siehe auch Departement für Bildung und Kultur, Kanton Solothurn, Volksschulamt: Richtlinien Homeschooling vom 18. Juni 2018</p>
<p>SZ</p>	<p>611.210 Volksschulgesetz (VSG) vom 19. Oktober 2005 I. Allgemeine Bestimmungen § 3 Zweck ¹ Die Volksschule vermittelt den Schülerinnen und Schülern eine angemessene Grundausbildung nach Massgabe ihrer Anlagen und Eignungen. ² Sie fördert die Entwicklung zur selbstständigen, verantwortungsbewussten Persönlichkeit und schafft die Grundlagen für das Zusammenleben in Gesellschaft und Demokratie, für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lebenstüchtigkeit sowie für verantwortungsvolles Verhalten gegenüber der Umwelt. ³ Im Rahmen ihres Bildungsauftrages unterstützt sie die Erziehungsberechtigten auf partnerschaftliche Weise in der Erziehung. § 4 Recht auf Schulbesuch und Schulpflicht ¹ Alle Kinder mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht und die Pflicht, die öffentliche Volksschule zu besuchen. Vorbehalten bleibt der Besuch von privaten Sonderschulen, anerkannten privaten Volksschulen und bewilligtem Privatunterricht. ² Die Schulpflicht beginnt mit dem einjährigen Kindergarten und dauert grundsätzlich zehn Jahre, längstens jedoch bis zum Abschluss der Sekundarstufe I. ³ Der Schulrat kann Kinder und Jugendliche aus wichtigen Gründen vollständig oder teilweise von der Schulpflicht befreien. VII. Erziehungsberechtigte § 47 Verletzung der Pflichten Vom Schulrat verwarnt oder mit Ordnungsbusse von Fr. 200.-- bis Fr. 5 000.-- bestraft wird, wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind: a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält; b) nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist; c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt (§ 69); d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt (§ 69). XII. Private Volksschulen § 69 Bewilligung ¹ Die Führung privater Volksschulen und der Besuch von Privatunterricht zur Erfüllung der Schulpflicht bedürfen einer Bewilligung. ² Der Erziehungsrat umschreibt die Bewilligungsvoraussetzungen. ³ Die Bewilligungen für private Volksschulen erteilt der Erziehungsrat. Den Besuch von Privatunterricht bewilligt das zuständige Amt. Die Bewilligungen können mit Auflagen und Bedingungen versehen werden. § 70 Aufsicht ¹ Die privaten Volksschulen und der Privatunterricht stehen unter Aufsicht des zuständigen Amtes. ² Die Bewilligungsinstanz kann Lehrpersonen, die an Privatschulen unterrichten oder Privatunterricht erteilen, bei schweren Pflichtverletzungen das Unterrichten untersagen. § 72 Weitere Leistungen</p>

	<p>Schülerinnen und Schüler, die eine private Volksschule besuchen oder privat unterrichtet werden, haben in gleichem Mass Anspruch auf Leistungen der kantonalen Spezialdienste wie die Schülerinnen und Schüler der öffentlichen Volksschule.</p>
SZ	<p>618.111 Weisungen zur Führung von privaten Volksschulen vom 1. Februar 2006 § 1 Grundauftrag Der Zweckparagraf des Volksschulgesetzes gilt auch für private Volksschulen (Privatschulen) und den Privatunterricht (Home Schooling) zur Erfüllung der Schulpflicht. § 2 Schularten Es werden insbesondere folgende Schularten unterschieden: a) Privatschulen mit Deutsch als Unterrichtssprache, wegleitend ist der kantonale Lehrplan; b) Bilinguale Privatschulen, an welchen der Unterricht hälftig in Deutsch und in einer Fremdsprache stattfindet, wegleitend ist der kantonale Lehrplan; c) Internationale Schulen nach national oder international anerkanntem Lehrplan mit einer Weltsprache als Unterrichtssprache. Deutsch kann als Fremdsprache angeboten werden; d) Privatunterricht (Home Schooling). Der Unterricht zur Erfüllung der Schulpflicht wird über längere Zeit privat organisiert und erteilt. § 3 Bewilligungsverfahren § 3b c) Privatunterricht Für die Erteilung der Bewilligung zum Besuch von Privatunterricht ist dem Amt für Volksschulen und Sport mindestens ein halbes Jahr vor Beginn des Privatunterrichts ein begründetes schriftliches Gesuch mit einem Unterrichtsprogramm sowie Angaben zur unterrichtenden Person, zu den Schulungsräumen und zum Stundenplan einzureichen. § 4 Titel: Bedingungen a) Schulische Bedingungen ¹ Die Privatschulen unterrichten nach einem Lehrplan. Der für die öffentliche Schule vorgeschriebene Lehrplan ist wegleitend. Der Übertritt der Schülerinnen und Schüler in die öffentliche Schule ist durch entsprechende Massnahmen sicherzustellen. Die Erreichung der Bildungsziele kann vom Erziehungsrat geprüft werden. ² Den Schülerinnen und Schülern ist jährlich mindestens ein Zeugnis (Wortbericht und/oder Ziffernoten) auszustellen, worin Angaben über Leistung und Verhalten aufzuführen sind. Die Erziehungsberechtigten können ein Abgangszeugnis mit Noten verlangen. ³ Die Schule legt gegenüber dem Erziehungsrat Rechenschaft über die Übertritte der Schülerinnen und Schüler in die Anschlussstufen und -lösungen ab. ⁴ Der kantonalen Rahmenferienplan ist einzuhalten. Für die jährliche Unterrichtszeit sind mindestens 326 Schulhalbtage auszuweisen. § 4a b) Personelle Bedingungen ¹ Die Trägerschaft setzt zur pädagogischen, personellen und administrativen Führung eine Schulleitung ein und sorgt für die Entwicklung eines Qualitätskonzeptes. Die für die pädagogische Führung verantwortliche Schulleitungsperson verfügt über eine anerkannte pädagogische Ausbildung. ² Die Lehrpersonen müssen über ein vom Erziehungsrat anerkanntes Lehrdiplom der entsprechenden Volksschulstufe verfügen. Ausnahmsweise können auch Lehrpersonen mit vergleichbaren Lehrdiplomen zugelassen werden. ³ Die Trägerschaft regelt den Versicherungsschutz für die Schule und das Lehrpersonal. § 4b c) Räumliche Bedingungen ¹ Die Räumlichkeiten müssen eine angemessene Grösse aufweisen und über eine adäquate Infrastruktur verfügen. Die Bestimmungen über den Bau und die Ausstattung von Schulanlagen sind wegweisend. ² Fachräume müssen zur Verfügung stehen. Fehlende Fachräume hat die Trägerschaft durch das Vorlegen gültiger Mietverträge mit Dritten dem Amt für Volksschulen und Sport nachzuweisen. ³ Das Pausenareal hat eine Mindestgrösse von 400 – 500 m² bzw. 3 – 4 m² pro Kind aufzuweisen. § 4c Meldepflicht Privatschulen melden Ein- und Austritte innert Monatsfrist der Schulbehörde der Wohnortsgemeinde der betreffenden Kinder.</p>

	<p>§ 4d Ausnahmen</p> <p>¹ Internationale Schulen sind von der Erfüllung des kantonalen Lehrplans und den Leistungsmessungen dispensiert. Bei diesen Schulen ist der Übertritt in eine öffentliche Schule im Kanton in der Regel nicht gewährleistet. Die Unterrichtszeit orientiert sich an den nationalen oder internationalen Vorgaben.</p> <p>² Privatunterricht ist von der Erfüllung der Bedingungen teilweise ausgenommen. Verbindlich sind die die Gewährleistung des Übertritts in die öffentliche Schule, das Ausstellen von Zeugnissen und die Vorgaben betreffend Ausbildung der unterrichtenden Lehrperson. Der kantonale Lehrplan ist wegleitend.</p> <p>§ 5 Aufsicht</p> <p>¹ Privatschulen unterstehen dem kantonalen Schulcontrolling.</p> <p>² Der Privatunterricht wird von der Abteilung Schulcontrolling in geeigneter Form beaufsichtigt.</p> <p>³ Auf Ende jedes Schuljahres haben die Privatschulen dem Amt für Volksschulen und Sport einen Jahresbericht analog demjenigen der öffentlichen Schule zuzustellen.</p> <p>⁴ Änderungen im pädagogischen Konzept, bei der Trägerschaft, in der Schulleitung, beim Lehrkörper sowie im Infrastrukturbereich sind dem Amt für Volksschulen und Sport unverzüglich zu melden.</p> <p>⁵ Die Bewilligungsbehörde kann bei Nichteinhaltung der Rahmenbedingungen die Bewilligung für das Führen einer Privatschule bzw. für den Besuch von Privatunterricht entziehen.</p> <p>§ 6 Weitere Leistungen</p> <p>¹ Im Kanton Schwyz schulpflichtige Schülerinnen und Schüler, die privat unterrichtet werden oder die eine private Volksschule besuchen, haben Anspruch auf die Leistungen folgender kantonaler Spezialdienste: Schulgesundheitsdienst, Abteilung Logopädie und Abteilung Schulpsychologie. Die Leistungen erfolgen ausschliesslich in deutscher Sprache.</p> <p>² Lehrpersonen, die Privatunterricht erteilen oder die an einer Privatschule unterrichten, sind berechtigt, an der Weiterbildung für Lehrpersonen der öffentlichen Schulen teilzunehmen.</p> <p>³ Die Privatschulen werden mit den Informationen des Amtes für Volksschulen und Sport bedient.</p> <p>⁴ Privatschulen können an den kantonalen Leistungsmessungen teilnehmen.</p>
TG	<p>411.11</p> <p>Gesetz über die Volksschule vom 29. August 2007 (Stand 1. Januar 2018)</p> <p>2. Schulorganisation</p> <p>§ 26 Private Schulung</p> <p>¹ Besucht ein volksschulpflichtiges Kind keinen öffentlichen Kindergarten oder keine öffentliche Schule, ist ein gleichwertiger Unterricht nachzuweisen.</p> <p>² Der Regierungsrat kann die Gleichwertigkeit regeln.</p> <p>³ Die Kosten für das Schliessen allfälliger Lücken bei Übertritten in die öffentliche Schule können den Erziehungsberechtigten auferlegt werden.</p>
TG	<p>411.111</p> <p>Verordnung des Regierungsrates über die Volksschule vom 11. Dezember 2007 (Stand 1. August 2018)</p> <p>2. Organisationsgrundlagen in den Schulgemeinden</p> <p>2.1. Allgemein</p> <p>§ 6 Aufgaben der Schulgemeinde</p> <p>¹ Die Schulgemeinde ist im Rahmen übergeordneter Vorgaben verantwortlich für die Organisation und den Betrieb der Schule sowie die Erfüllung der Schulpflicht der Schülerinnen und Schüler.</p> <p>7. Private Schulung</p> <p>§ 44 Private Schulung</p> <p>¹ Private Schulung umfasst den Unterricht an Privatschulen und den nicht öffentlichen Unterricht, insbesondere den Unterricht in einem Privathaushalt oder durch eine Privatlehrperson.</p> <p>² Die Gleichwertigkeit der privaten Schulung gilt mit dem Nachweis des Besuchs einer staatlich bewilligten oder anerkannten Privatschule oder mit der Bewilligung des nicht öffentlichen Unterrichts als erbracht.</p> <p>³ Sind bei einem Übertritt in die öffentliche Schule schulische Lücken zu schliessen, die nicht entstanden wären, wenn das Kind eine öffentliche Schule besucht hätte, können die daraus erwachsenden Kosten den Erziehungsberechtigten überbunden werden, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, ihr Kind an Stelle einer privaten Schulung in der öffentlichen Schule unterrichten zu lassen.</p> <p>§ 46 Nicht öffentlicher Unterricht</p>

	<p>¹ Der nicht öffentliche Unterricht wird bewilligt, wenn die Bildungsziele des Kantons erfüllt werden.</p> <p>² Das Departement erlässt eine ergänzende Richtlinie.</p>
TG	<p>Departement für Erziehung und Kultur Richtlinie für den Privatunterricht vom 12. Januar 2017</p> <p>1 Gegenstand und Geltungsbereich</p> <p>1.2 Als Privatunterricht gilt nicht öffentlicher Unterricht mit einer Dauer von mindestens sechs Schulwochen. Er findet als Einzelunterricht oder als Unterricht in einer Gruppe von bis zu fünf Schülerinnen und Schülern statt</p> <p>1.3 Bei einer Dauer von weniger als sechs Schulwochen ist kein Privatunterricht möglich.</p> <p>2 Grundsätze</p> <p>2.1 Besucht ein volksschulpflichtiges Kind keinen öffentlichen Kindergarten oder keine öffentliche Schule, ist ein gleichwertiger Unterricht nachzuweisen (§ 26 Abs. 1 Gesetz über die Volksschule, VG; RB 411.11). Die Finanzierung ist Sache der Erziehungsberechtigten (vgl. § 71 Abs. 2 Verfassung des Kantons Thurgau, KV; RB 101).</p> <p>2.2 Der Unterricht ist nach dem Lehrplan des Kantons Thurgau zu erteilen. Die Förderung der überfachlichen Kompetenzen (personale, soziale, methodische Kompetenzen) ist mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen.</p> <p>2.3 Die Erziehungsberechtigten und Lehrpersonen wahren die Integrität der Kinder bzw. Jugendlichen und fördern ihre geistige, seelische und körperliche Entwicklung.</p> <p>2.4 Therapien in Logopädie oder Psychomotorik werden beim Privatunterricht vom Kanton finanziert. Der Therapiebedarf wie auch der Umfang der Therapie werden durch das Amt für Volksschule festgelegt.</p> <p>3 Verfahren</p> <p>3.1 Die zuständige Schulbehörde entscheidet über Gesuche um Bewilligung von Privatunterricht aufgrund einer Beurteilung durch die Schulaufsicht. Die Schulbehörde kann Auflagen anordnen und bei Nichteinhaltung von Bewilligungsvoraussetzungen oder Auflagen die Bewilligung entziehen.</p> <p>3.2 Eine Bewilligung gilt längstens für zwölf Monate. Gesuche sind spätestens vier Monate vor Beginn des Privatunterrichts einzureichen. Über eine Erneuerung der Bewilligung entscheidet die Schulbehörde aufgrund eines Berichtes der Schulaufsicht,</p> <p>3.3 Die Leistungen der Schulaufsicht sind gebührenpflichtig. Gestützt auf § 9 der Verordnung des Grossen Rates über die Gebühren der kantonalen Verwaltungsbehörden (RB 631.1) werden für die Beurteilung jeweils Fr. 200.-- bei Privatunterricht mit einer Dauer von bis sechs Monaten bzw. Fr. 500.-- bei Privatunterricht mit einer Dauer von über sechs Monaten und für Berichte betreffend Bewilligungserneuerungen Fr. 300.-- erhoben.</p> <p>3.4 Gegen den Entscheid der Schulbehörde kann nach Massgabe von § 65 VG Re- kurs erhoben werden.</p> <p>4 Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>4.1 Der Unterricht muss durch eine Lehrperson erfolgen, die zum Unterricht an einer öffentlichen Schule des Kantons Thurgau berechtigt ist.</p> <p>4.2 Der Unterricht ist so zu gestalten, dass ein Übertritt in die öffentliche Schule gewährleistet ist. Allfällige Fördermassnahmen sind sicherzustellen.</p> <p>4.3 Die Planung zur Erreichung der Bildungsziele ist vorzulegen. Es sind die obligatorischen Lehrmittel zu verwenden.</p> <p>4.4 Die zu unterrichtenden Fächer entsprechen denjenigen der öffentlichen Schule.</p> <p>4.5 Der Privatunterricht hat in der Regel folgenden Anteil der Lektionen gemäss kantonalen Stundentafel zu umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) bei bis zu zwei Schülerinnen und Schülern die Hälfte; b) bei mehr als zwei Schülerinnen und Schülern zwei Drittel. <p>5 Ergänzende Bewilligungsvoraussetzungen</p> <p>Bei Privatunterricht mit einer Dauer von über sechs Monaten sind folgende Voraussetzungen zusätzlich zu erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Der Unterricht muss durch eine Lehrperson erfolgen, die zum Unterricht an einer öffentlichen Schule des Kantons Thurgau für die entsprechende Stufe berechtigt ist.

	<p>b) Therapien in Logopädie oder Psychomotorik sind von einer sonderpädagogischen Fachperson mit einem von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) anerkannten Abschluss durchführen zu lassen.</p> <p>c) Die Bildungsinhalte sind dem Gesuch entsprechend mittels Jahres- oder Semester- und Quartalsplanung auszuweisen.</p> <p>d) Die Qualität des Unterrichts wird durch die Schulaufsicht überprüft. Diese hat jederzeit Zugang zum Unterricht und erhält Einblick in alle schulischen Unterlagen. Sie kann Schulleistungstests anordnen.</p> <p>e) Die Erziehungsberechtigten weisen in ihrem Gesuch nach, wie sie die soziale Integration ihrer Kinder gewährleisten.</p> <p>f) Gesundheitsförderung sowie ärztliche und zahnärztliche Betreuung sind zu gewährleisten.</p>
TI	<p>400.100 Legge della scuola del 1° febbraio 1990 TITOLO IX Insegnamento privato Art. 80 Libertà dell'insegnamento privato ¹ L'insegnamento privato è libero nei limiti della Costituzione federale. ² Agli allievi in età d'obbligo scolastico l'insegnamento dev'essere impartito in lingua italiana; deroghe possono essere concesse eccezionalmente dal Consiglio di Stato per sopperire ai bisogni di famiglie residenti temporaneamente nel Cantone: la lingua italiana deve essere comunque insegnata. Art. 90 Insegnamento nelle famiglie Per ragioni particolari d'ordine psichico o fisico il Dipartimento può eccezionalmente autorizzare che l'insegnamento obbligatorio sia impartito presso le famiglie, accertando e vigilando che esso corrisponda alle esigenze della Costituzione federale, della presente Legge, delle disposizioni esecutive e dei programmi. Art. 91 Penalità Chi contravviene alle disposizioni del presente titolo, in particolare senza autorizzazione fa impartire od impartisce l'insegnamento privato, è punito dal Consiglio di Stato con una multa da fr. 1'000.-- a fr. 10'000.--, secondo la legge del 20 aprile 2010 di procedura per le contravvenzioni. Resta riservata l'azione penale.</p>
TI	<p>400.110 Regolamento della legge della scuola del 19 maggio 1992 TITOLO III Insegnamento privato Art. 81a Insegnamento presso le famiglie La concessione dell'autorizzazione di cui all'art. 90 della Legge della scuola spetta alla Divisione della scuola; è data facoltà di reclamo alla stessa Divisione.</p>
UR	<p>10.1111 Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz) vom 2. März 1997 (Stand am 1. August 2016) 10. Kapitel: Eltern, Schülerinnen und Schüler 1. Abschnitt: Eltern Artikel 48 Verletzung der Schulpflichten ¹ Wer vorsätzlich oder fahrlässig ein Kind: a) ohne Bewilligung vom Unterricht fernhält, oder b) dieses nicht in die Schule oder Klasse schickt, in die es eingeteilt ist, oder c) in eine nicht bewilligte Privatschule schickt, oder d) ohne Bewilligung privat unterrichten lässt, wird vom Schulrat mit Busse von 100 bis 5 000 Franken bestraft. ² In leichten Fällen kann von einer Strafe abgesehen und eine Verwarnung ausgesprochen werden. 12. Kapitel: Schulinstanzen 1. Abschnitt: Gemeindeinstanzen Artikel 58 Schulrat a) Wahl und Zusammensetzung</p>

	<p>Wahl und Zusammensetzung des Schulrates richten sich im Rahmen der Kantonsverfassung nach der Gemeindegesetzgebung.</p> <p>Artikel 59 b) Zuständigkeiten</p> <p>¹ Soweit die Gemeindegesetzgebung diese Aufgabe nicht einem andern Organ überträgt, hat der Schulrat namentlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die Verantwortung für die Leitung des Schulwesens in der Gemeinde wahrzunehmen; b) die Aufträge der Gemeindeversammlung und der kantonalen Behörden im Schulwesen zu vollziehen; c) die Lehrpersonen und die allfällige Schulleitung zu wählen; d) die Geschäfte der Gemeindeversammlung über das Schulwesen vorzubereiten und zu vertreten; e) die Amtsführung der Lehrpersonen, der Schulleitung und des Personals der Schulverwaltung zu beaufsichtigen; f) die Erfüllung der Schulpflicht zu beaufsichtigen; g) die Bewilligung für den Besuch von Privatunterricht an Schulpflichtige zu erteilen; h) für die Durchführung und Koordination der Schuldienste zu sorgen und die gemeindlichen Schuldienste zu beaufsichtigen; i) die dem Schulwesen dienenden Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu verwalten. <p>² Der Schulrat ist für alle Entscheide zuständig, die im Schul- und Erziehungswesen den Gemeinden übertragen sind, sofern für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausdrücklich eine andere Instanz als zuständig erklärt wird.</p>
UR	<p>10.1115</p> <p>Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung) vom 22. April 1998 (Stand am 1. August 2016)</p> <p>4. Kapitel: Schulpflicht</p> <p>Artikel 17 Privatschulunterricht (Art. 6, 22, 59 SchG)</p> <p>¹ Die Eltern können ihre Kinder an bewilligten Privatschulen unterrichten lassen. Sie teilen das dem Schulrat schriftlich mit.</p> <p>² Der Schulrat entscheidet im Einvernehmen mit der zuständigen Direktion, ob der gewählte Privatschulunterricht im Einzelfall als Erfüllung der Schulpflicht anerkannt werden kann. Er hat den Besuch von Privatschulunterricht im Einzelfall zu bewilligen.</p> <p>³ Die Eltern tragen die Kosten des Privatschulunterrichts, es sei denn, der Schulrat habe den Privatschulunterricht als besondere Fördermassnahme angeordnet.</p>
VD	<p>400.02</p> <p>Loi sur l'enseignement obligatoire (LEO) du 7 juin 2011 (Entrée en vigueur dès le 01.08.2013)</p> <p>Chapitre III Compétences et responsabilités des autorités</p> <p>Art. 21 f) Enseignement privé ou à domicile</p> <p>¹ Le département exerce une surveillance générale sur les écoles privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire, conformément aux dispositions de la loi du 12 juin 1984 sur l'enseignement privé (ci-après : LEPr).</p> <p>² Il s'assure que les enfants scolarisés à domicile reçoivent une instruction suffisante.</p> <p>Chapitre V Fréquentation de l'école</p> <p>Art. 54 Obligation scolaire</p> <p>¹ Tous les parents domiciliés ou résidant dans le canton ont le droit et le devoir d'inscrire et d'envoyer leurs enfants en âge de scolarité obligatoire dans une école publique ou privée, ou de leur dispenser un enseignement à domicile.</p> <p>Art. 56 Inscription des élèves</p> <p>¹ Tout enfant en âge de fréquenter l'école obligatoire est inscrit dans l'établissement du lieu de domicile ou de résidence de ses parents, quels que soient ses besoins en matière de formation et d'éducation.</p> <p>² Sont dispensés de cette inscription les élèves scolarisés dans les écoles privées au sens de la LEPr.</p> <p>Art. 62 Admission en cours de scolarité</p> <p>¹ Lorsqu'un élève venant d'une école privée, d'une scolarisation à domicile, d'une école d'enseignement spécialisé ou d'une école extérieure au canton, arrive dans un établissement en cours d'année ou en cours de scolarité, il est admis en règle générale dans une classe correspondant à son âge.</p>

	<p>² Le directeur décide son attribution à une classe, en fonction de son dossier scolaire et des connaissances dont il peut faire preuve. Au degré secondaire I, une évaluation permet de déterminer dans quels niveaux et quelle voie l'élève est scolarisé.</p>
VD	<p>400.455 Loi sur l'enseignement privé (LEPr) du 12 juin 1984 (Entrée en vigueur dès le 01.01.2007) Art. 1 Champ d'application ¹ La présente loi s'applique à toutes les écoles et institutions privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire (ci-après: les écoles), quelles que soient la nature de l'enseignement et la façon dont il est dispensé. ² Elle règle également l'enseignement à domicile dispensé à ces mêmes élèves. ³ Ne relève pas de la présente loi les écoles régies par la législation sur l'enseignement spécialisé.</p> <p>Art. 2 Principes généraux ¹ Les dispositions légales valables pour les écoles publiques concernant l'hygiène ainsi que l'ordre public et les bonnes moeurs sont applicables par analogie aux écoles privées.</p> <p>Art. 3 Autorisations - En général ¹ Chaque école privée communique au Département de la formation et de la jeunesse (ci-après : le département) l'état nominatif de sa direction et de son corps enseignant au début de chaque année civile. ² Lors de chaque engagement, elle prend toutes dispositions pour que l'intéressé soit au bénéfice d'une autorisation de diriger ou d'enseigner ou qu'il obtienne ladite autorisation dans les meilleurs délais.</p> <p>Art. 4 Autorisation de diriger une école privée ¹ Nul ne peut diriger une école au sens de la présente loi sans y être préalablement autorisé par le département. ² Pour être autorisé, le requérant doit: a. être de nationalité suisse ou ressortissant d'un des Etats membres de l'Union européenne, ou être au bénéfice d'une autorisation de séjour ou d'établissement pour étrangers (permis B ou C); b. présenter des garanties professionnelles et morales; c. ne pas avoir été condamné à raison d'infractions intentionnelles contraires à la probité et à l'honneur dans les 5 ans précédant la demande d'autorisation; d. n'être débiteur d'aucun acte de défaut de biens, provisoire ou définitif. ³ Lorsque l'école comporte un internat, sont réservées les dispositions de la législation sur la protection de la jeunesse et l'autorisation spéciale du Département de la prévoyance sociale et des assurances.</p> <p>Art. 5 Autorisation d'enseigner ¹ Nul ne peut enseigner dans un établissement privé s'il n'y est autorisé par le département. ² Cette autorisation est délivrée aux conditions prévues par l'article 4, alinéa 2, lettres a, b et c ci-dessus. ³ Suivant les titres détenus par le requérant, l'autorisation peut être limitée à certaines disciplines ou à certains degrés d'enseignement.</p> <p>Art. 6 Validité de l'autorisation ¹ L'autorisation de diriger ou d'enseigner est personnelle. ² L'autorisation de diriger n'est valable que pour l'établissement qui y est mentionné.</p> <p>Art. 7 Surveillance ¹ Le département exerce une surveillance générale sur les écoles privées recevant des élèves en âge de scolarité obligatoire. ^{1bis} Il surveille les activités organisées par ces écoles pour des enfants n'ayant pas atteint l'âge de la scolarité obligatoire. ^{1ter} Il a le droit d'obtenir tout renseignement utile concernant notamment l'organisation et les programmes de l'établissement. ² Il peut s'assurer, au besoin par des examens, que l'instruction est au moins équivalente à celle dispensée par les écoles publiques. ³ Toutefois, il ne se porte garant ni des méthodes ni de la qualité d'enseignement.</p> <p>Art. 8 Publicité et retrait de l'autorisation ¹ L'autorisation de diriger ou d'enseigner ne doit en aucun cas être mentionnée dans la publicité ni associée de quelque manière que ce soit au nom de l'école.</p>

	<p>² Elle est retirée lorsque les dispositions légales et le règlement ne sont plus respectés, sans préjudice des sanctions pénales ou administratives prévues par la présente loi.</p> <p>Art. 9 Enseignement à domicile</p> <p>¹ Toute personne se chargeant d'enseigner à domicile communique au début de chaque année scolaire à la municipalité la liste de ses élèves.</p> <p>² Cette liste est adressée au département qui contrôle, au besoin par des examens, que les exigences des programmes officiels sont satisfaites.</p> <p>³ Dès qu'un enseignement à domicile concerne plus de six élèves, les dispositions de la présente loi relatives aux écoles privées s'appliquent.</p> <p>Art. 10 Commission consultative de l'enseignement privé</p> <p>¹ Une commission consultative de l'enseignement privé est chargée de préavis sur les demandes d'autorisation de diriger et d'enseigner, ainsi que sur tous les objets qui lui sont soumis par le département.</p> <p>² Cette commission est régie par les dispositions de la loi sur l'organisation du Conseil d'Etat.</p> <p>Art. 11 Mesures administratives</p> <p>¹ En cas de violation des dispositions de la présente loi ou du règlement d'application, le département prend les mesures nécessaires au rétablissement de la légalité.</p> <p>² Ces mesures peuvent aller jusqu'à la fermeture de l'école.</p>
VS	<p>101.1 Constitution du canton du Valais (Cst. cant.) du 08.03.1907 (état 01.02.2018)</p> <p>1 Principes généraux</p> <p>Art. 13</p> <p>¹ L'instruction publique et l'instruction primaire privée sont placées sous la direction et la haute surveillance de l'Etat.</p> <p>² L'instruction primaire est obligatoire; elle est gratuite dans les écoles publiques.</p> <p>³ La liberté d'enseignement est garantie, sous réserve des dispositions légales concernant l'école primaire.</p>
VS	<p>101.1 Verfassung des Kantons Wallis (KV) vom 08.03.1907 (Stand 01.02.2018)</p> <p>1 Allgemeine Grundsätze</p> <p>Art. 13</p> <p>¹ Der öffentliche Unterricht sowie der private Primarunterricht stehen unter der Leitung und der Oberaufsicht des Staates.</p> <p>² Der Primarunterricht ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.</p> <p>³ Die Lehrfreiheit ist, unter Vorbehalt der Gesetzesbestimmungen betreffend die Primarschule, gewährleistet.</p>
VS	<p>400.1 Loi sur l'instruction publique (LIP) du 04.07.1962 (état 01.08.2015)</p> <p>1 Organisation de l'enseignement</p> <p>1.1 Dispositions générales</p> <p>Article premier But de la présente loi</p> <p>¹ La présente loi organise l'instruction publique et établit les règles applicables au fonctionnement de l'enseignement privé.</p> <p>² Dans la présente loi, toute désignation de personne, de statut ou de fonction vise indifféremment l'homme ou la femme.</p> <p>Art. 2 Organes de direction et de surveillance</p> <p>¹ La direction supérieure de l'instruction publique et la surveillance générale de l'enseignement privé relèvent du Conseil d'Etat qui les exerce par l'intermédiaire du Département de l'instruction publique (ci-après: Département).</p> <p>² ...</p> <p>1.5 Enseignements divers</p> <p>Art. 32 Enseignement à domicile</p> <p>¹ Le Département peut autoriser un enfant à recevoir l'enseignement primaire à domicile. Le règlement précise les conditions.</p>

VS	<p>400.1 Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen (GUW) vom 04.07.1962 (Stand 01.08.2015) 1 Aufbau des Unterrichtswesens 1.1 Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Zweck des vorliegenden Gesetzes ¹ Das vorliegende Gesetz regelt den Aufbau des öffentlichen Unterrichtswesens und enthält die für den geordneten Gang des Privatunterrichtes notwendigen Vorschriften. ² In diesem Gesetz gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau. Art 2 Mit der Leitung und Aufsicht betraute Organ ¹ Die Oberleitung des öffentlichen Unterrichtswesen und die allgemeine Aufsicht über den Privatunterricht obliegen dem Staatsrat. Er übt seine Befugnisse durch das Erziehungsdepartement (nachfolgend: Departement) aus. ² ... 1.5 Verschiedener Unterricht Art. 32 Unterricht in der Familie ¹ Das Departement kann einem Schüler gestatten, dem Primarunterricht zu Hause zu folgen. Das Reglement setzt die Bedingungen fest.</p>
VS	<p>411.0 Loi sur l'enseignement primaire (LEP) du 15.11.2013 (état 01.12.2016) 4 Fonctionnement général de l'école Art. 33 Fréquentation des écoles - Absences - Congés ¹ Les parents ont l'obligation d'annoncer à l'école toute absence et de la justifier. ² Les congés spéciaux sont accordés dans les limites d'une ordonnance du Conseil d'Etat. ³ Les parents qui n'assurent pas la présence de leur enfant à l'école publique sont tenus de justifier à la direction de sa scolarisation dans une école privée. Toute autre forme de scolarisation nécessite une autorisation du Département. 5 Structures du degré primaire 5.1 Généralités Art. 42 Enseignement à domicile ¹ Le Département édicte des directives pouvant autoriser un enfant à recevoir l'enseignement primaire à domicile. L'autorisation est notamment accordée si la formation dispensée est équivalente à celle des écoles publiques. Le respect des plans d'études et des moyens d'enseignement officiels en vigueur est demandé. ² Si une autorisation est délivrée, l'enfant est placé sous l'entière responsabilité de ses parents. ³ L'inspecteur est chargé du contrôle et de l'attestation de l'enseignement à domicile. ⁴ L'enseignement à distance à domicile n'est pas autorisé.</p>
VS	<p>411.0 Gesetz über die Primarschule (GPS) vom 15.11.2013 (Stand 01.12.2016) 4 Allgemeiner Schulbetrieb Art. 33 Schulbesuch, Absenzen, Urlaub ¹ Die Eltern sind verpflichtet, der Schule jede Absenz zu melden und diese zu begründen. ² Sonderurlaube werden im Rahmen einer Verordnung des Staatsrates erteilt. ³ Eltern, die ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule schicken, sind verpflichtet, gegenüber der Direktion den Besuch einer Privatschule zu rechtfertigen. Für jede andere Einschulungsform ist die Bewilligung des Departements einzuholen. 5 Struktur der Primarschule 5.1 Allgemeines Art. 42 Unterricht zu Hause ¹ Das Departement erlässt Weisungen, wonach es einem Schüler gestattet werden kann, zu Hause Unterricht zu erhalten. Diese Bewilligung wird dann erteilt, wenn die Ausbildung dem Unterricht an den öffentlichen Schulen entspricht. Dabei wird verlangt, dass die Lehrpläne eingehalten und die offiziellen Lehrmittel verwendet werden. ² Wird die Bewilligung erteilt, steht das Kind unter der vollen Verantwortung seiner Eltern.</p>

	<p>³ Der Inspektor wird mit der Kontrolle und der Bestätigung des Unterrichts zu Hause beauftragt. ⁴ Fernunterricht zu Hause wird nicht bewilligt.</p>
VS	<p>411.001 Ordonnance concernant la loi sur l'enseignement primaire (OLEP) du 11.02.2015 (état 01.08.2015) 9 Enseignements particuliers Art. 24 Scolarisation hors école publique ¹ Toute scolarisation hors école publique fait l'objet d'une information, déposée par le-s représentant-s légal-ux auprès de la commune de domicile. ² Une attestation de scolarisation de l'école privée est déposée auprès de la commune avant le 1^{er} juillet pour l'année scolaire qui suit. Art. 26 Enseignement à domicile ¹ L'enseignement à domicile est strictement réservé à des situations particulières, notamment la maladie et le suivi thérapeutique.</p>
VS	<p>411.001 Verordnung betreffend das Gesetz über die Primarschule (VGPS) vom 11.02.2015 (Stand 01.08.2015) 9 Besonderer Unterricht Art. 24 Unterrichtsbesuch ausserhalb der öffentlichen Schule ¹ Möchte die gesetzliche Vertretung ihr Kind ausserhalb der öffentlichen Schule unterrichten lassen, muss sie die Wohnsitzgemeinde darüber informieren. ² Vor dem 1. Juli wird jeweils für das darauf folgende Schuljahr eine Unterrichtsbescheinigung der Privatschule bei der Gemeinde eingereicht. Art. 26 Privatunterricht zu Hause ¹ Privatunterricht zu Hause ist speziellen Situationen vorbehalten, namentlich bei Krankheit und Therapie.</p>
VS	<p>Département de l'économie et de la formation Directives concernant la scolarisation à domicile du 8 novembre 2017 Chapitre 1 Dispositions générales Art. 2 Buts La scolarisation à domicile doit permettre à l'enfant d'acquérir, à l'issue de la scolarité obligatoire, les connaissances et compétences similaires à celles prévues dans les plans d'études en vigueur à l'école publique. Art. 4 Coût Tous les frais inhérents à la scolarisation à domicile sont pris en charge par les parents. Chapitre 2 Autorisation Art. 5 Autorité décisionnelle ¹ Pour scolariser leur enfant à domicile, les parents déposent au plus tard à la fin avril une requête écrite, motivée, auprès de la direction du primaire ou du cycle d'orientation de leur commune de domicile. ² Tous les documents utiles (formulaire à disposition sur le site du Service de l'enseignement) doivent être joints à la demande. ³ Sur la base des préavis consécutifs de la direction et de l'inspecteur, le Chef de département décide sur la base d'une décision formelle. Chapitre 3 Conditions d'octroi Art. 6 Temps d'enseignement Au regard du degré scolaire suivi par l'élève, et avec l'aval de l'inspecteur, les indications des temps d'enseignement hebdomadaire et annuel doivent en principe correspondre à l'horaire ordinaire arrêté pour l'école publique. Art. 7 Formation de base ¹ La personne en charge de l'enseignement à domicile doit être en possession d'une formation pédagogique reconnue respectivement par le Département et/ou la CDIP. ² L'enseignant doit faire la preuve d'un suivi de cours de formation continue définie par le Département. Art. 8 Programme et moyens d'enseignement ¹ En principe, les langues d'enseignement sont le français ou l'allemand.</p>

	<p>² Le programme établi par le Département précise les objectifs visés pour l'année scolaire en référence aux plans d'études et moyens d'enseignement adaptés.</p> <p>³ L'inscription à des activités développant des compétences sociales est requise pour garantir la socialisation de l'enfant.</p> <p>Art. 9 Enseignement à distance Conformément à la loi sur l'enseignement primaire, l'enseignement à distance n'est pas autorisé.</p> <p>Chapitre 4 Contrôle de la scolarisation à domicile</p> <p>Art. 10 Organe de surveillance L'inspecteur scolaire est chargé de la surveillance de l'enseignement à domicile.</p> <p>Art. 11 Objet du contrôle Au moins une fois par année, l'inspecteur doit s'assurer que le suivi pédagogique est adéquat et que le travail effectué amène l'enfant au même niveau d'instruction que les élèves qui fréquentent l'école publique.</p> <p>Art.12 Evaluation</p> <p>¹ Pour permettre à l'élève scolarisé à domicile de rejoindre en tout temps l'école publique, il est obligatoirement soumis aux épreuves cantonales de fin de cycles (4H, 8H et 11 CO).</p> <p>² L'inspecteur peut soumettre l'élève à d'autres évaluations adaptées à son âge et répondant au degré correspondant.</p> <p>³ L'inspecteur, en collaboration avec la Direction concernée, organise la passation des épreuves dans l'établissement de la commune de domicile, le cas échéant dans l'établissement du cycle d'orientation.</p> <p>⁴ Les résultats sont communiqués aux parents.</p> <p>Art. 13 Durée de l'autorisation</p> <p>¹ L'autorisation du Chef de département a une durée limitée à une année.</p> <p>² Toute reconduction fait à nouveau l'objet d'une requête parentale déposée au plus tard à la fin avril.</p> <p>³ Elle est soumise à une nouvelle évaluation par l'inspecteur et une décision du Chef de département.</p> <p>⁴ Sous réserve de modifications demandées par l'inspecteur, les modalités liées à l'autorisation initiale demeurent applicables.</p> <p>Art. 14 Insuffisance avérée</p> <p>¹ En cas d'insuffisance avérée par irrespect des conditions mentionnées dans l'autorisation, l'inspecteur met en demeure les parents d'y remédier et fixe un délai.</p> <p>² Si les insuffisances persistent et sur la base d'un rapport argumenté, le Chef de département peut retirer l'autorisation en tout temps et ordonner la scolarisation immédiate de l'enfant à l'école publique.</p> <p>³ Toutefois, la scolarisation dans une école privée demeure un choix libre des parents.</p>
VS	<p>Departement für Volkswirtschaft und Bildung Weisungen betreffend den Unterricht zu Hause vom 8. November 2017</p> <p>1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen</p> <p>Art. 2 Ziele Der Unterricht zu Hause soll es dem Kind erlauben, im Laufe der obligatorischen Schulzeit die gleichen Kenntnisse und Kompetenzen zu erwerben, wie sie in den für die öffentliche Schule geltenden Lehrplänen enthalten sind.</p> <p>Art. 4 Kosten Alle Kosten in Zusammenhang mit dem Unterricht zu Hause gehen zulasten der Eltern.</p> <p>2. Kapitel Bewilligung</p> <p>Art. 5 Entscheidungsbehörde</p> <p>¹ Um ihr Kind zu Hause zu unterrichten oder unterrichten zu lassen, reichen die Eltern bei der Direktion der Primar- oder Orientierungsschule ihrer Wohngemeinde bis spätestens Ende April einen begründeten schriftlichen Antrag ein.</p> <p>² Alle sachdienlichen Unterlagen (Formular auf der Website der Dienststelle für Unterrichtswesen) müssen dem Antrag beigelegt werden.</p> <p>³ Gestützt auf die Vormeinungen der Schuldirektion und des Schulinspektors fällt der Departementsvorsteher einen formellen Entscheid.</p> <p>3. Kapitel Bedingungen für die Bewilligung</p> <p>Art. 6 Unterrichtszeit</p>

	<p>Je nach Schulstufe des Schülers und mit der Zustimmung des Schulinspektors muss die wöchentliche und jährliche Unterrichtszeit mehr oder weniger den für die öffentliche Schule geltenden Vorgaben entsprechen.</p> <p>Art. 7 Erforderliche Diplome</p> <p>¹ Die Person, die für den Unterricht zu Hause die Verantwortung übernimmt, muss über eine vom Departement und/oder von der EDK anerkannte pädagogische Ausbildung verfügen.</p> <p>² Die Hauslehrperson muss belegen, die vom Departement vorgeschriebenen Weiterbildungskurse besucht zu haben.</p> <p>Art. 8 Unterrichtsprogramm und Lehrmittel</p> <p>¹ Die Unterrichtssprache ist grundsätzlich Deutsch oder Französisch.</p> <p>² Im vom Departement erarbeiteten Unterrichtsprogramm sind die in Anlehnung an die Lehrpläne und entsprechenden Lehrmittel für das Schuljahr angestrebten Ziele festgelegt.</p> <p>³ Um die Sozialisierung des Kindes zu gewährleisten, wird verlangt, dass es für Aktivitäten angemeldet wird, die seine sozialen Kompetenzen fördern.</p> <p>Art. 9 Fernunterricht</p> <p>Dem Primarschulgesetz entsprechend wird Fernunterricht nicht bewilligt.</p> <p>4. Kapitel Kontrolle des Unterrichts zu Hause</p> <p>Art. 10 Aufsichtsorgan</p> <p>Der Schulinspektor ist mit der Aufsicht über den Unterricht zu Hause betraut.</p> <p>Art. 11 Gegenstand der Kontrolle</p> <p>Der Schulinspektor vergewissert sich mindestens einmal pro Jahr, dass die pädagogische Betreuung des Kindes angemessen ist und es durch die geleistete Arbeit das gleiche Bildungsniveau erreicht, wie die Schülerinnen und Schüler an der öffentlichen Schule.</p> <p>Art. 12 Beurteilung</p> <p>¹ Damit ein zu Hause unterrichtetes Kind jederzeit in die öffentliche Schule eingegliedert werden kann, muss es zwingend die entsprechenden kantonalen Prüfungen am Ende der Zyklen (4H, 8H und 11 OS) absolvieren.</p> <p>² Der Schulinspektor kann den Schüler oder die Schülerin weiteren alters- und stufenentsprechenden Beurteilungen unterziehen.</p> <p>³ In Zusammenarbeit mit der betreffenden Schuldirektion organisiert der Schulinspektor das Absolvieren der Prüfungen an der Schule der Wohngemeinde oder gegebenenfalls an der Orientierungsschule.</p> <p>⁴ Die Ergebnisse werden den Eltern mitgeteilt.</p> <p>Art. 13 Dauer der Bewilligung</p> <p>¹ Die vom Departementsvorsteher erteilte Bewilligung ist auf ein Jahr befristet.</p> <p>² Für jede Verlängerung ist wiederum ein Antrag der Eltern bis spätestens Ende April nötig.</p> <p>³ Der Antrag unterliegt einer Beurteilung des Schulinspektors und einem Entscheid des Departementsvorstehers.</p> <p>⁴ Unter Vorbehalt der vom Schulinspektor verlangten Änderungen gelten die Bestimmungen zur ersten Bewilligung.</p> <p>Art. 14 Erwiesene Mängel</p> <p>¹ Bei erwiesenen Mängeln, die aufgrund eines Nichteinhaltens der in der Bewilligung aufgeführten Bedingungen entstehen, fordert der Schulinspektor die Eltern dazu auf, diese zu beheben und setzt ihnen eine Frist.</p> <p>² Bleiben die Mängel bestehen, kann der Departementsvorsteher die Bewilligung gestützt auf einen begründeten Bericht jederzeit entziehen und die unmittelbare Einschulung des Kindes in die öffentliche Schule anzuordnen.</p> <p>³ Es steht den Eltern jedoch frei, sich für die Einschulung in eine Privatschule zu entscheiden.</p>
ZG	<p>412.11</p> <p>Schulgesetz (SchulG) vom 27. September 1990 (Stand 1. Januar 2018)</p> <p>1. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 5 Schulberechtigung und Schulpflicht</p> <p>¹ Jedes bildungsfähige Kind ist berechtigt, einen Jahreskurs des Kindergartens, sechs Jahreskurse der Primarstufe und drei Jahreskurse der Sekundarstufe I zu besuchen.</p> <p>² Die Schulpflicht umfasst ein Jahr Kindergarten und neun Jahre der Primar- und der Sekundarstufe I.</p>

³ Sie kann in einer öffentlich-rechtlichen, einer anerkannten privaten Schule oder durch Privatschulung erfüllt werden. Für die Privatschulung gilt zusätzlich § 74 Abs. 2 dieses Gesetzes.

^{3a} Die Erziehungsberechtigten haben den Rektor zu informieren, wenn sie ihr Kind nicht an einer öffentlich-rechtlichen Schule unterrichten lassen.

⁴ In besonderen Fällen kann ein Schüler auf Gesuch der Erziehungsberechtigten oder einer zuständigen Behörde vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen.

2. Die öffentlich-rechtlichen Schulen

2.6. Schulbehörden und Organe

2.6.2. Kantonale Schulbehörden und Organe

§ 66 Direktion für Bildung und Kultur

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur erfüllt alle Aufgaben im Bereich Bildung, soweit nicht andere kantonalen Stellen dafür zuständig sind.

² Sie stellt dem Regierungsrat und Bildungsrat die entsprechenden Anträge.

³ Im Weiteren obliegen ihr insbesondere folgende Aufgaben: Sie

- a) fördert zusammen mit anderen kantonalen Stellen die Planung und Koordination im Schulwesen;
- b) plant und koordiniert mit den gemeindlichen Schulen die Qualitätsentwicklung im Schulwesen und bearbeitet die damit zusammenhängenden Fragen;
- c) bewilligt Schulversuche;
- d) führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte;
- e) ist zuständig für die fachliche Aussensicht der Schulen (externe Evaluation) und erstattet dem Bildungsrat Bericht;
- f) unterstützt und berät die gemeindlichen Schulbehörden und Schulen;
- g) beschliesst für die obligatorische Schulzeit die Lehrmittel und die dazugehörigen Unterrichtshilfen;
- h) prüft die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen;
- i) entscheidet über befristete oder unbefristete Lehrbewilligungen und den Entzug der Lehrberechtigung;
- j) bewilligt die Überschreitung der Höchstzahl der Klassengrösse;
- k) bewilligt die Führung der Sekundarstufe I ohne Aufteilung in Schularten;
- k1) schliesst mit Gemeinden eine Vereinbarung über den Anteil des Kantons am Schulgeld ausserkantonaler Schüler von Kunst- und Sportklassen ab;
- l) entscheidet über die Mitfinanzierung bei einer Sonderschulung und bei einer Talentförderung;
- m) entscheidet über die Dauer und Finanzierung bei einer heilpädagogischen Früherziehung;
- n) entscheidet über die Anerkennung der Sonderschulen und Privatschulen sowie über Massnahmen und den Entzug der Anerkennung;
- o) entscheidet über die Bewilligung von Privatschulung sowie über Massnahmen und den Entzug der Bewilligung;
- p) setzt eine Kommission ein, die sich mit der Allgemeinen Weiterbildung befasst;
- q) unterstützt Weiterbildungsangebote gemeinnütziger Organisationen;
- r) erlässt besondere Bestimmungen zu den Diplomprüfungen von anerkannten Privatschulen mit Unterricht ausserhalb der obligatorischen Schulzeit;
- s) kann obligatorische kantonale Anlässe für die Lehrpersonen ausserhalb ihrer Unterrichtszeit bis zu maximal einem halben Tag pro Jahr anordnen.

⁴ Sie kann zur Begutachtung von Spezialfragen Kommissionen einsetzen.

4. Privatschulen und Privatschulung

§ 74 Zulassung

¹ Die Errichtung von Privatschulen ist gewährleistet. Die Privatschulen bedürfen der Anerkennung, wenn sie den Unterricht im Bereich der obligatorischen Schulzeit übernehmen wollen.

² Privatschulung ist zulässig, wenn besondere Gründe vorliegen. Sie bedarf der Bewilligung. Es gelten dafür besondere Bestimmungen.

³ Für die Anerkennung privater Sonderschulen gilt zusätzlich § 35 dieses Gesetzes.

§ 75 Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I

¹ Privatschulen und Privatschulung im Bereich des obligatorischen Kindergartens, der Primar- und der Sekundarstufe I werden anerkannt bzw. bewilligt, wenn sie einen Unterricht gewährleisten, der den

	<p>Anforderungen der öffentlich-rechtlichen Schulen gerecht wird. Für die Bewilligung der Privatschulung müssen besondere Gründe vorliegen. Es gelten besondere Bestimmungen.</p> <p>² Die Privatschulen prüfen und beurteilen periodisch in eigener Verantwortung auf der Basis von Standards ihre Qualität und legen Rechenschaft über ihre Zielerreichung ab (interne Evaluation).</p> <p>³ Die Qualität der Privatschule wird periodisch durch eine fachliche Aussensicht geprüft, und es werden Massnahmen zur Qualitätsentwicklung vorgeschlagen (externe Evaluation).</p> <p>⁴ Der Unterricht an Privatschulen und bei der Privatschulung darf nur von Lehrpersonen erteilt werden, die im Besitze eines von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren oder eines von ihr anerkannten Diploms sind. Es können Ausnahmen bewilligt werden.</p> <p>⁵ Die Privatschulen haben zu Beginn des Schuljahres und bei einem Neueintritt dem Rektor der Gemeinde, in der ein Kind schulpflichtig ist, die Personalien der ihre Schule besuchenden Kinder mitzuteilen.</p> <p>⁶ Privatschulen und Privatschulung für ausländische Kinder können anerkannt bzw. bewilligt werden, wenn sie nach den Lehrplänen des Herkunftslandes unterrichten.</p> <p>§ 77 Massnahmen und Entzug</p> <p>¹ Unter Androhung des Entzugs der Anerkennung werden Massnahmen angeordnet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> Misstände vorliegen; gesetzliche Vorschriften sowie Weisungen kantonaler und gemeindlicher Behörden nicht beachtet werden; das Lehrziel am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht erreicht wird; der Unterricht aus andern Gründen gefährdet ist. <p>² Sofern die Misstände nicht behoben werden, wird die Anerkennung bzw. Bewilligung entzogen.</p>
ZG	<p>412.111</p> <p>Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (Stand 1. Januar 2018)</p> <p>1. Allgemeine Bestimmungen</p> <p>§ 3 Einschreibung / Anmeldung</p> <p>¹ Die Eltern sind verpflichtet, ihre schulpflichtigen Kinder beim Rektorat zum Schulbesuch anzumelden oder den Besuch einer anerkannten Privatschule bzw. eine bewilligte Privatschulung mitzuteilen.</p> <p>² Die gemeindliche Einwohnerkontrolle meldet dem Rektorat die Personalien jener Kinder, die im laufenden Jahr schulpflichtig werden, sowie der neuzugezogenen schulpflichtigen Kinder.</p> <p>³ Als Aufenthaltsort eines Kindes gilt derjenige Ort, an welchem das Kind unter der Woche regelmässig bzw. mehrheitlich übernachtet.</p> <p>⁴ Der Aufenthaltsort eines Kindes ist auch für den Besuch des freiwilligen Kindergartens massgebend, sofern die betreffende Gemeinde diesen anbietet.</p> <p>2. Die gemeindlichen Schulen</p> <p>§ 8^{bis} Schulaufsicht</p> <p>¹ Die Schulaufsicht prüft die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonaler Vorgaben an den gemeindlichen und privaten Schulen sowie bei Privatschulungen. Sie beantragt der Direktion für Bildung und Kultur aufgrund der Ergebnisse allenfalls notwendige Massnahmen. Sie</p> <ol style="list-style-type: none"> prüft insbesondere die Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen; instruiert Gesuche für die Anerkennung von Privatschulen und die Bewilligung von Privatschulung; überprüft die Lehrberechtigung der Lehrpersonen; ist kantonale Informationsstelle bei Schuleintritten ausserkantonalen oder ausländischer Kinder; leitet das Übertrittsverfahren von der 6. Primarklasse in die 1. Klasse der Sekundarstufe I und den Wechsel von der 1. Klasse der Sekundarschule ins Gymnasium; berät Schulleitungen in Belangen der Schulorganisation sowie der Schulgesetzgebung. <p>² Die Schulaufsicht ist berechtigt, die für ihren Tätigkeitsbereich notwendigen Unterlagen von den gemeindlichen Schulen und privaten Schulen sowie den Erziehungsberechtigten privat geschulter Kinder einzuverlangen.</p> <p>³ Sie ist ausserdem berechtigt, bei der bewilligten Privatschulung angemeldete Besuche durchzuführen und die jährliche Prüfung, ob die gemäss den Lehrplänen vorgeschriebenen Lernziele erreicht werden, anzuordnen.</p> <p>3. Gemeindliche Schuldienste</p> <p>3.1. Schularzt-Dienst</p>

	<p>§ 13 Aufgaben</p> <p>¹ Der Schularzt hat folgende Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) er berät die Schulbehörden und die Lehrerschaft in allen die Schule belangenden Fragen der Gesundheitspflege und der Präventivmedizin; b) er überwacht den Gesundheitszustand aller Schüler und untersucht zu diesem Zweck die Kindergartenschüler unmittelbar vor dem Übertritt in die Primarstufe und die übrigen Schüler im 4. und 9. Schuljahr. Das Untersuchungsergebnis ist in die ärztliche Schülerkarte einzutragen. Die Gemeinden regeln deren Aufbewahrung. Beim Schulaustritt ist die Karte auf Verlangen den Erziehungsberechtigten zuzustellen oder zu vernichten; c) er orientiert die Erziehungsberechtigten über festgestellte Mängel oder Krankheiten, die eine ärztliche Behandlung, Überwachung oder weitere Abklärung als notwendig erscheinen lassen; d) in besonderen Fällen untersucht er auf Antrag des Schulpsychologischen Dienstes, eines Psychiaters, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), einer Fürsorgeinstitution oder einer Lehrperson einzelne Schüler auch ausserhalb der ordentlichen generellen Kontrolle; e) er führt Impfungen und ausserordentliche Untersuchungen nach Weisungen der Gesundheitsdirektion durch. <p>² Der Schularzt erstattet nach Ende eines Schuljahres der gemeindlichen Schulbehörde und dem Kantonsarzt zuhanden der Direktion für Bildung und Kultur einen Tätigkeitsbericht.</p> <p>§ 14a Privatschulung</p> <p>¹ Die Erziehungsberechtigten haben einen Arzt mit den Aufgaben gemäss § 13 Abs. 1 und 2 zu beauftragen.</p> <p>² Sie teilen der Gesundheitsdirektion und der Direktion für Bildung und Kultur mit, welcher Arzt beauftragt ist.</p>
ZG	<p>412.112</p> <p>Reglement zum Schulgesetz vom 10. Juni 1992 (Stand 1. August 2016)</p> <p>12. Privatschulen und Privatschulung</p> <p>§ 25a Privatschulung</p> <p>¹ Die Direktion für Bildung und Kultur bewilligt Privatschulung während der obligatorischen Schulzeit, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Besuch einer öffentlich-rechtlichen oder privaten Schule ist nicht möglich; b) Zielerreichung gemäss Lehrplänen der Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz bzw. des Herkunftslandes; c) Zustimmung zur jährlichen Prüfung durch die Schulaufsicht, ob die gemäss den Lehrplänen vorgeschriebenen Lernziele erreicht werden; d) Unterrichterteilung durch Lehrpersonen mit einem von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren anerkannten Lehrdiplom oder einer Lehrbewilligung der Direktion für Bildung und Kultur; e) Gewähr, dass die Schüler weder psychologisch noch religiös abhängig gemacht werden; f) Nachweis über die Gewährleistung der sozialen Integration der Kinder.
ZH	<p>412.100</p> <p>Volksschulgesetz (VSG) vom 7. Februar 2005</p> <p>1. Teil: Grundlagen</p> <p>§ 1. Gegenstand, Geltungsbereich</p> <p>¹ Dieses Gesetz regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule.</p> <p>² Das Gesetz gilt für öffentliche Schulen und, soweit es dies ausdrücklich vorsieht, für die privaten Schulen, in denen die Schulpflicht erfüllt werden kann.</p> <p>§ 3 Recht auf Schulbesuch und Schulpflicht</p> <p>¹ Alle Kinder mit Aufenthalt im Kanton haben das Recht, die öffentliche Volksschule zu besuchen.</p> <p>² Kinder, die bis zum 31. Juli eines Jahres das vierte Altersjahr vollenden, werden auf Beginn des nächsten Schuljahres schulpflichtig. Die Schulpflicht dauert elf Jahre, längstens jedoch bis zum Abschluss der Volksschule.</p> <p>³ Schülerinnen und Schüler, die das 16. Altersjahr vollendet haben, werden aus der Schulpflicht entlassen. Sie sind berechtigt, die von ihnen besuchte Stufe zu beenden.</p>

	<p>⁴ Aus wichtigen Gründen kann die Schulpflege auf Gesuch der Eltern eine vorzeitige Entlassung aus der Schulpflicht frühestens nach zehn Schuljahren oder vollendetem 15. Altersjahr beschliessen, wenn eine ausserschulische Beschäftigung gewährleistet ist. Vorbehalten bleibt die Entlassung gemäss § 52.</p> <p>3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>§ 69 Privatunterricht</p> <p>¹ Als Privatunterricht gelten der Einzelunterricht und der Unterricht in einer Gruppe bis zu fünf Schülerinnen und Schülern.</p> <p>² Die Eltern melden der Gemeinde ihres Wohnortes und der Direktion die Umstände des Privatunterrichts, insbesondere die unterrichtende Person, den Stundenplan und die Räumlichkeiten.</p> <p>³ Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, muss er von einer Person mit abgeschlossener Lehrerausbildung erteilt werden.</p> <p>§ 70 Aufsicht</p> <p>¹ Die Privatschulen und der Privatunterricht werden von der Direktion beaufsichtigt. Diese kann geeignete Anordnungen treffen, wenn begründete Zweifel bestehen, ob in Privatschulen oder im Privatunterricht die Lernziele erreicht werden oder die Bewilligungsvoraussetzungen für die Privatschulen noch gegeben sind.</p> <p>² Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, ist die Qualität des Unterrichts jährlich zu überprüfen.</p> <p>³ Die Direktion kann den Privatunterricht bei schwerwiegenden Mängeln untersagen.</p> <p>§ 71 Weitere Leistungen</p> <p>¹ Schülerinnen und Schüler, die eine Privatschule besuchen oder privat unterrichtet werden, können bei der Gemeinde an ihrem Wohnort die in der Volksschule abgegebenen obligatorischen Lehrmittel unentgeltlich beziehen, die Musikschulen besuchen und die Angebote des freiwilligen Schulsports benutzen.</p> <p>² Sie haben an ihrem Wohnort Anspruch auf Therapien gemäss § 34 Abs. 3, einschliesslich der dafür notwendigen Abklärungen. Die Schulpflege entscheidet über Art und Umfang der Leistungen.</p> <p>³ Im Übrigen besteht kein Anspruch auf die ausserhalb des ordentlichen Unterrichts von der öffentlichen Volksschule zur Verfügung gestellten Leistungen.</p>
ZH	<p>412.101</p> <p>Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006</p> <p>1. Teil: Grundlagen</p> <p>§ 2. Schulpflicht und Recht auf Schulbesuch (§ 3 VSG)</p> <p>¹ Die Schulpflicht kann durch den Besuch einer öffentlichen Schule, einer Privatschule oder durch Privatunterricht erfüllt werden.</p> <p>² Die Schulpflicht und das Recht auf Schulbesuch gelten für alle Kinder, die sich im Kanton Zürich aufhalten. Sie gelten nicht für Kinder, die sich längstens zwei Monate im Kanton Zürich aufhalten.</p> <p>³ Die für die Einwohnerkontrolle zuständigen Behörden informieren die Schulpflegen über die Kinder, die schulpflichtig werden, und über Zu- und Wegzüge von schulpflichtigen Kindern.</p> <p>3. Teil: Privatschulen und Privatunterricht</p> <p>§ 73 Privatunterricht (§ 69 VSG)</p> <p>a. Im Allgemeinen</p> <p>¹ Die Eltern reichen dem Volksschulamt und der Schulpflege des Schulortes gemäss § 8 vor der Aufnahme des Unterrichts ein Unterrichtsprogramm ein. Dieses enthält insbesondere Angaben über die Schulungsräume, den Unterrichtsinhalt und dessen Verteilung auf den Stundenplan. Das Volksschulamt kann Auflagen machen oder Weisungen erteilen.</p> <p>² Bei gleichzeitiger Unterrichtung von höchstens drei Schülerinnen oder Schülern müssen mindestens die Hälfte, bei vier und fünf Schülerinnen und Schülern mindestens zwei Drittel der im kantonalen Lehrplan vorgesehenen Lektionen erteilt werden.</p> <p>³ Eine Schülerin oder ein Schüler darf während der Schulpflicht insgesamt nicht mehr als ein Jahr von Personen ohne abgeschlossene Lehrerausbildung unterrichtet werden.</p> <p>§ 74. b. Aufsicht</p> <p>¹ Die Bildungsdirektion regelt die Aufsicht.</p> <p>² Bestehen Anzeichen dafür, dass im Privatunterricht die Lernziele nicht erreicht werden oder andere Missstände vorliegen, kann das Volksschulamt Auflagen machen oder die Erteilung des Privatunterrichtes untersagen.</p>

ZH	<p>412.101.6 Reglement über die Aufsicht über den Privatunterricht vom 15. Oktober 2009</p> <p>§ 1. Volksschulamt Das Volksschulamt übt die Aufsicht über den Privatunterricht aus.</p> <p>§ 2. Unterrichtsprogramm ¹ Die Eltern, deren Kinder privat unterrichtet werden, reichen dem Volksschulamt und der Schulpflege des Schulortes gemäss § 10 des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 (VSG) und § 8 der Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006 (VSV) vor Aufnahme des Unterrichts und später jährlich ein Unterrichtsprogramm gemäss § 73 Abs. 1 VSV ein. ² Das Volksschulamt bestimmt Inhalt und Form des Unterrichtsprogramms.</p> <p>§ 3. Auskunftspflicht Lehrpersonen, die Privatunterricht erteilen, nehmen jährlich zu unterrichtsbezogenen Fragen des Volksschulamtes Stellung.</p> <p>§ 4. Überprüfung der Unterrichtsqualität Die Überprüfung der Qualität des überjährigen Privatunterrichts gemäss § 70 Abs. 2 VSG erfolgt mittels jährlicher Aufsichtsbesuche. Zusätzlich können Schulleistungstests angeordnet werden.</p> <p>§ 5. Lernzielerreichung ¹ Gibt es Anzeichen dafür, dass die Lernziele des kantonalzürcherischen Lehrplans nicht erreicht werden, kann das Volksschulamt gemäss § 74 Abs. 2 VSV eine externe Beurteilung anordnen. ² Es kann Massnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel anordnen.</p>
ZH	<p>Bildungsdirektion Weisung Lehrpersonen im Privatunterricht vom 4. April 2018 Dauert der Privatunterricht länger als ein Jahr, muss er von einer Person mit abgeschlossener Lehrerausbildung erteilt werden (§ 69 Abs. 3 des Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005 (VSG; LS 412.100)). Ausgebildete Lehrpersonen dürfen im Privatunterricht unabhängig von der Schulstufe der Schülerinnen und Schüler unterrichten. Als abgeschlossene Lehrerausbildung gemäss § 69 Abs. 3 VSG gelten:</p> <p>Kanton Zürich Lehrdiplom der Pädagogischen Hochschule Zürich (PH Zürich) für die Volksschulstufen (Kindergarten-, Primar- oder Sekundarstufe I) Fähigkeitszeugnis einer Vorgänger-Institution der PH Zürich für die Volksschulstufen (Kindergarten-, Primar- oder Sekundarstufe I)</p> <p>Schweiz EDK-anerkanntes Lehrdiplom für die Volksschulstufen (Kindergarten-, Primar- oder Sekundarstufe 1) Im Zweifelsfall kann das Volksschulamt eine Äquivalenzüberprüfung der EDK verlangen.</p> <p>Ausland Lehrdiplom sowie Anerkennung der EDK für die Volksschulstufen (Kindergarten-, Primar- oder Sekundarstufe I) Nicht akzeptiert werden Lehrpersonen mit Lehdiplomen für Maturitätsschulen, Fachlehdiplomen (Handarbeitslehrerinnen u.a.), Diplomen der Erwachsenenbildung und Lehrpersonen in Ausbildung (Liste nicht abschliessend).</p> <p>Deutschkenntnisse Lehrpersonen nicht deutscher Erstsprache müssen nachweislich über Sprachkenntnisse auf Niveau C2 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) in Deutsch verfügen.</p>